

Substanzielles Protokoll 82. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Januar 2024, 17.00 Uhr bis 22.04 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsidentin Sofia Karakostas (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Fanny de Weck (SP), Christine Huber (GLP), Guy Krayenbühl (GLP), Maleica Landolt (GLP), Albert Leiser (FDP), Yves Peier (SVP), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (AL), Martina Zürcher (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|----|----------|--------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | | |
| 2. | 2023/284 | *
E | Postulat von Severin Meier (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 07.06.2023:
Nutzung des leerstehenden Bunkers K85 am Hirschengraben für kulturelle Zwecke | STP |
| 3. | 2023/589 | *
E | Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 13.12.2023:
Förderung und Privilegierung des Bauens im Bestand gegenüber Neubauten | VHB |
| 4. | 2023/596 | * | Motion der GLP-, SP- und AL-Fraktion vom 20.12.2023:
Ausrichtung einer angemessenen Vergütung für künstlerische Arbeiten an die Kulturinstitutionen mit einer vierjährigen Beitragsperiode, die in die Kulturleitbildperiode 2024–2027 fallen | - |
| 5. | 2021/221 | | Weisung vom 15.11.2023:
Motion von Dr. Balz Bürgisser und Urs Riklin betreffend Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, Antrag auf Fristverlängerung | VTE |
| 6. | 2023/238 | | Weisung vom 24.05.2023:
Motion von Hans Jörg Käppeli, Dr. Ann-Catherine Nabholz und 6 Mitunterzeichnende betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers, Bericht und Abschreibung | VTE |

7.	2023/359		Weisung vom 12.07.2023: Tiefbauamt, Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse, Kunst-, Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau, neue einmalige Ausgaben; Bericht und Abschreibung einer Motion	VTE
8.	2023/59		Weisung vom 08.02.2023: Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen, Bericht und Abschreibung	VIB
9.	2023/19	A/P	Motion von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 18.01.2023: Verordnung zur Umsetzung von Netto-Null bei ewz bis 2035	VIB
10.	2023/41	A/P	Motion von Jürg Rauser (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2023: Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vorantreiben bereits bestehender Projekte	VIB
11.	2023/91	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 01.03.2023: UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots für den öffentlichen Verkehr	VIB
12.	2023/198	E/A	Postulat von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 12.04.2023: Angebot eines bedürfnisorientierten Nachtnetzes in der Stadt unter der Woche	VIB
13.	2023/124	A	Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 15.03.2023: Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ), direkte Verbindung zwischen dem Hauptgebäude und dem Grossgebäude FORUM UZH	VTE
14.	2023/145	E/A	Postulat von Rahel Habegger (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 20 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023: Einberufung einer Fokusgruppe «Stadtienen» im Rahmen der Biodiversitätsstrategie	VTE
15.	2023/147	E/T	Postulat von Dr. Frank Rühli (FDP), Michele Romagnolo (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023: Verbesserung der Parkplatzsituation in Schwamendingen für Personen mit eingeschränkter Mobilität und Schaffung von Kurzzeitparkplätzen für die Allgemeinheit	VTE

16. 2023/166 E/A Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) VTE und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2023:
Vereinigung des Aegerten-Spielplatzes mit dem Park an der Erlachstrasse/Weststrasse/Werdstrasse unter Aufhebung des trennenden Zwischenstücks der Aegertenstrasse

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2725. 2024/13

Erklärung der AL-Fraktion vom 17.01.2024: Praktikable Grundlage für die Umsetzung der neuen Verordnung über die Umsetzung von § 49b Planungs- und Baugesetz (UmV § 49b PBG)

Namens der AL-Fraktion verliest Dr. David Garcia Nuñez (AL) folgende Fraktionserklärung:

Nach der emotionalen Wohnpolitik-Debatte:
Die 49b-Vorlage braucht einen Reset

Fortschritte in der Wohnpolitik in der Stadt Zürich basieren auf unaufgeregten Diskussionen des Gemeinderats und klaren Volksentscheiden. Der wohnpolitische Grundsatzartikel, die neuen Finanzkompetenzen des Stadtrats für den Kauf von Liegenschaften und die Einrichtung eines Wohnraumfonds sind Paradebeispiele dafür, wie die Politik in diesem Rat die Lebenssituation aller Menschen, aber insbesondere derjenigen mit kleinem Portemonnaie, verbessern kann.

Was wir letzten Mittwoch erlebten, stellt einen Bruch mit dieser bisherigen, fruchtbaren Dynamik dar. Bei der Klärung der Frage, wie die auf der Basis des neuen Artikels 49b des Planungs- und Baugesetzes in der Stadt Zürich entstehenden Wohnungen zu bewirtschaften sind, ist der Gemeinderat von seinem Erfolgspfad abgewichen. Es war eine äusserst emotionale, polarisierende und teilweise unverständliche Debatte. Nicht einmal die neuen Regeln für die Vermietung städtischer Wohnungen führten zu derart grossem Zoff.

Die Gründe für diese parlamentarische Entgleisung sind verschieden und die AL-Fraktion hat sie im Verlauf dieser Woche eingehend analysiert. Wir müssen anerkennen, dass auch wir letzte Woche nicht unsere beste politische Performance geleistet und der polemischen Rhetorik von bürgerlicher und linker Seite zu wenig Gegensteuer gesetzt haben.

Diese ratsinternen Analysen interessieren die Bevölkerung nicht. Entscheidend für die meisten ist, dass der Gemeinderat weiterhin in der Pflicht steht, eine praktikable Grundlage für die Umsetzung des neuen raumplanerischen Instruments zu verabschieden. Das sind wir den Zürcher:innen schuldig, die im September 2014 mit 72,4 Prozent der Stimmen der Änderung des Planungs- und Baugesetzes zugestimmt haben. Wir brauchen in dieser Sache einen Reset.

Darum hat die AL an ihrer heutigen Fraktionssitzung entschieden, der Vorlage in der am letzten Mittwoch beschlossenen Form die Zustimmung zu verweigern. Wir tun dies in der Hoffnung, dass die anderen Fraktionen unserem Antrag, die 49b-Weisung zurück in die zuständige Kommission zu überweisen, zustimmen. Da sollte es möglich sein, die verschiedenen Stakeholder*innen, wie Genossenschaften, Mieter:innen- und Hauseigentümer:innenverbände an einem runden Tisch zu versammeln. Die AL-Fraktion ist davon überzeugt, dass auf dieser Basis ein Konsens gefunden werden kann, der im Rat und in der Bevölkerung grosse Akzeptanz finden wird.

Diese Stadt braucht dringend breit abgestützte wohnpolitische Lösungen. Auf überhitzte Rechtslinks-Konfrontationen mit der darauffolgenden Schockstarre kann die Bevölkerung verzichten.

G e s c h ä f t e

2726. 2023/284

**Postulat von Severin Meier (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 07.06.2023:
Nutzung des leerstehenden Bunkers K85 am Hirschengraben für kulturelle
Zwecke**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2727. 2023/589

**Postulat von Jürg Rauser (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 13.12.2023:
Förderung und Privilegierung des Bauens im Bestand gegenüber Neubauten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Samuel Balsiger (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2728. 2023/596

**Motion der GLP-, SP- und AL-Fraktion vom 20.12.2023:
Ausrichtung einer angemessenen Vergütung für künstlerische Arbeiten an die
Kulturinstitutionen mit einer vierjährigen Beitragsperiode, die in die Kulturleitbild-
periode 2024–2027 fallen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 10. Januar 2024 (vergleiche Beschluss-Nr. 2686/2024)

Die Dringlicherklärung wird von 81 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 124 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2729. 2021/221

Weisung vom 15.11.2023:

Motion von Dr. Balz Bürgisser und Urs Riklin betreffend Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, Antrag auf Fristverlängerung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2021/221.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung:

STR Simone Brander: *Die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg ist uns allen ein grosses Anliegen. Bei der geplanten Schulanlage Tüffenwies haben wir die Chance, den Schulweg von Anfang an sicher zu machen. Unsere Arbeiten für sichere Fuss- und Velowege zum neuen Schulhaus Tüffenwies laufen auf Hochtouren. Im nördlichen Bereich rund um die Bändlistrasse sind wir bereit: Der Fuss- und Veloverkehr ist vom restlichen Verkehr getrennt, die Querungen entsprechen den neusten Standards. Im Bereich Grünauring ist ab dem Jahr 2028 eine Begegnungszone mit Tempo 20 und Vortritt für die Fussgänger*innen geplant. Für die Fahrzeugschliessung des zukünftigen Schulareals soll die Bernerstrasse Nord genutzt werden. So erreichen wir die grösstmögliche Trennung der Erschliessung durch den Fuss-, Velo- und Öffentlichen Verkehr (ÖV). Die Schulwege aus Richtung Süden und Bahnhof Altstetten sind ebenfalls in Planung. Die heutige Unterführung unter der Autobahn A1H entspricht nicht mehr den aktuellen Standards. Unser Plan ist, eine Passerelle über die A1H für den Fuss- und Veloverkehr zu bauen. Weil ein solcher Übergang eine lange Planungs- und Bauzeit benötigt, haben wir die bestehende Passerelle im letzten Jahr saniert, sodass sie nochmals sechs bis zehn Jahre lang hält. Auch die Wege und Veloverbindungen aus Richtung Süden, die durch die bestehende Unterführung sowie über die Passerelle über die A1H führen, sind in Planung. Das sind namentlich die neue Unterführung mit der Velostation unter dem SBB-Gleisfeld, das sich teilweise bereits im Bau befindende Stück über die Max-Högger-Strasse sowie die Anbindung des Altstetterplatzes ans Quartier auf der anderen Seite des SBB-Gleisfelds. Gemeint sind immer die Anbindungen für den Fuss- und Veloverkehr. Die vorliegende Motion verlangt, dass der Stadtrat eine kreditschaffende Weisung für den Ausbau der Fuss- und Veloinfrastruktur im Einzugsgebiet der Schulanlage Tüffenwies vorlegt. Die Planungen wurden teilweise bereits umgesetzt, teilweise befinden sie sich noch in Planungsphasen. Für die künftige Querung über die A1H brauchen wir vertiefte Abklärungen. Möglicherweise kommt es zu einem Konkurrenzverfahren. Wann wir dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorlegen können, ist im Moment noch offen. Daher beantragt der Stadtrat eine Fristverlängerung bis zum 16. März 2025.*

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: *Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man genügend Zeit hatte, um die Planungen voranzutreiben. Es gibt eine Passerelle, die kürzlich saniert wurde. Sich nochmals während eines Jahres den Kopf über eine Passerelle über eine Autobahn zu zerbrechen, scheint uns übertrieben. Genügend Zeit und Energie wurde in die Planung investiert, wir können es abschliessen, dann haben wir ein Geschäft weniger.*
Weitere Wortmeldung:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Der Stadtrat arbeitet daran, im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies die Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr zu verbessern.*

Das ist die Forderung der Motion. Ein Kernanliegen ist, die Querung der A1H für Zufussgehende und Velofahrende attraktiv zu gestalten. Leider ist die Stadt noch nicht weit gekommen. Eine Zweckmässigkeitsstudie läuft. Das vorläufige Ergebnis ist, dass die bestehende Passerelle und die schmale Unterführung durch eine kombinierte Überquerung für den Fuss- und Veloverkehr ersetzt werden sollen. Mit dem Abschluss der Studie wird ein entsprechendes Bauprojekt ausgelöst. Erst danach kann der Stadtrat eine kreditschaffende Weisung auf Basis des Vorprojekts vorlegen. Darum ist die Fristverlängerung sinnvoll. Wir appellieren an den Stadtrat, vorwärtszumachen und die Infrastruktur für die umweltfreundliche Mobilität im Einzugsgebiet Tüffenwies zügig zu verbessern, damit bei der Eröffnung der Sekundarschule sichere und attraktive Schulwege zur Verfügung stehen.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 100 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 16. März 2022 überwiesenen Motion, GR Nr. 2021/221 von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) betreffend Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, wird um weitere 12 Monate bis zum 16. März 2025 verlängert.

Mitteilung an den Stadtrat

2730. 2023/238

Weisung vom 24.05.2023:

Motion von Hans Jörg Käppeli, Dr. Ann-Catherine Nabholz und 6 Mitunterzeichnenden betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2019/128 von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 3. April 2019 betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferat Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 2:

Carla Reinhard (GLP): *Im Frühling 2019 reichten Hans Jörg Käppeli (SP) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) diese Motion ein, die den Stadtrat beauftragt, den Klusplatz mit benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus unter Mitwirkung des Quartiers neu zu gestalten. In den Jahren 2021 und 2022 beantragte der Stadtrat eine Fristverlängerung. Das Thema Klusplatz hat eine lange Vorgeschichte und ist seit über zehn Jahren ein Sorgenkind. Bereits im Jahr 2011 reichten Hans Jörg Käppeli (SP) und Marianne Aubert (SP) eine beinahe identische Motion ein, die einen behindertengerechten Klusplatz forderte. Die Motion wurde in ein Postulat umgewandelt und*

im Jahr 2021 abgeschlossen, nachdem eine Machbarkeitsstudie zum Schluss gekommen war, dass nötige Massnahmen wie ein Spurabbau oder Gebäudeabbrüche unrealistisch sind. Die Verkehrsbetriebe (VBZ) lösten im Bereich der Wendeschleufe ein Vorprojekt aus, das neben dem Gleisersatz auch Velostreifen vorsah. Aber da die Sanierung der Gleise dringlich war, wurden sie im Jahr 2022 losgelöst von den Velomassnahmen ersetzt. Mit dem Bauprojekt «22077 Klusplatz» wurden die ausgelagerten Velomassnahmen in das neue Projekt integriert. Schliesslich wurde zwischen Februar 2021 und Juli 2022 aufgrund der Motion GR Nr. 2019/128 erneut eine Machbarkeitsstudie durchgeführt. Gemäss Stadtrat bestätigt diese die Ergebnisse aus dem Jahr 2014: Die beiden Knoten Witikonerstrasse/Hegibachstrasse und Witikonerstrasse/Hofackerstrasse haben ihre Leistungsgrenzen erreicht. Der Stadtrat beantragt mit der Weisung die Kenntnisnahme des Berichts und die Abschreibung der Motion. Gemäss Stadtrat erfüllten die Varianten der Machbarkeitsstudie, die in das neue Bauprojekt überführt werden, die Forderungen der Motion, auch wenn keine kreditschaffende Weisung vorliege. Mit dem Bauprojekt sollen die Tram- und Bushaltestellen in die Asyl-, Berg- und Jupiterstrasse verlegt und so im Zentrum gebündelt werden. Die Umgestaltung ermöglicht laut Stadtrat ein Nebeneinander von Motorisiertem Individualverkehr (MIV), Öffentlichem Verkehr (ÖV) und Veloverkehr. Sie ermöglicht die Aufwertung der Wendeschleufe mit einem Quartierzentrum, autonom nutzbare Tram- und Regionalbushaltestellen und die Umsetzung der geplanten Veloroute. Die bisherige Prüfung im Zusammenhang mit dem Strassenbauprojekt zeigte aber auch, dass die Verschiebungen verkehrliche Herausforderungen, Fahrzeitverlängerungen und Mehrkosten beim ÖV mit sich bringen. Darum ist laut Stadtrat eine deutliche Reduktion des MIV im Umfeld nötig. Das Bauprojekt beinhaltet daher ein grossräumiges Verkehrs- und Stauraummanagement und prüft die Öffnung der Zufahrt Bergstrasse für den MIV. Die Bevölkerung wird mit einem partizipativen Prozess ins Projekt einbezogen. Voraussichtlich bis Mitte 2025 ist mit einem abgeschlossenen Vorprojekt und der ersten Planauflage zu rechnen; bis zum Jahr 2026 ist mit der zweiten öffentlichen Auflage und ab dem Jahr 2028 mit dem Baubeginn zu rechnen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Derek Richter (SVP): Ich halte die Begründung des Ablehnungsantrags unter der Präambel: «Es ist nicht alles schlecht». Das Ganze geht auf die Motion GR Nr. 2019/128 zurück, bei der die SVP und die FDP in der Ablehnung waren. Es gibt positive Seiten im Bericht. Vom Tiefbauamt (TAZ) wurde richtig erkannt, dass die Asyl-, Witikoner-, Berg-, Jupiter- und Hofackerstrasse fünf regionale Verbindungsstrassen sind. Das sind kantonal klassifizierte Strassen. Ebenso gibt es diverse ÖV-Verbindungen: zwei Tramlinien und fünf Buslinien, insbesondere der direkte Doppelgelenkbus der Linie 31 nach Witikon. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) sagte einst, dass man dort das Leben in vollen Zügen, respektive in vollen Bussen geniessen kann. Jetzt soll eine Umgestaltung des Platzes entstehen. Das TAZ hat richtig erkannt, dass die Umgestaltung Fahrzeitverlängerungen und Mehrkosten im ÖV zur Folge hat. Die Umgestaltung würde auch für den MIV Fahrzeitverlängerungen bedeuten. Die Kaphaltestelle in der Asylstrasse würde zu Eigenbehinderungen im ÖV führen, die wiederum zu einem Rückstau in Richtung Stadt führten. Genau das, was wir nicht wollen. Wir wollen, dass der Verkehr in Richtung Witikon abfliessen und der Platz freigehalten werden kann. Dass die Anwohner der Bergstrasse es nicht kampfflos hinnehmen werden, dass der MIV dort durchführen soll, liegt auf der Hand. Eine weitere Haltestelle auf der Asylstrasse würde zu noch weiteren Wegen beim Umsteigen führen, als das heute der Fall ist und moniert wird. Es ist bizarr, dass erwähnt wird, dass eine deutliche Reduktion des MIV angestrebt wird. In einer Stadt, die aus allen Nähten platzt und in der wir die Folgen der Masseneinwanderung sehen, wollen Sie, dass weniger Verkehr durch diese wichtige kantonale Verbindung führen soll. Wie stellt sich das Tiefbauamt das vor? Hat es den kantonalen Artikel 142 studiert? Man weiss es nicht. Wir lehnen Tempo 30 kategorisch ab, insbesondere auf

diesem Platz. Was produziert auf diesem Platz Lärm? Der Autoverkehr ein wenig, vor allem aber ist es der Tramverkehr. Dafür haben wir eine Lösung, auf die ich gleich zu sprechen komme. Die erwähnte Aufenthaltsqualität ist lediglich eine Worthülse. Am Klusplatz will man entweder so schnell wie möglich vorbeifahren oder umsteigen. In unmittelbarer Nähe haben wir sehr gute Stellen mit hoher Aufenthaltsqualität: im Kluspark und auf der Streuliwiese. Dort soll die Aufenthaltsqualität angestrebt werden. Der Klusplatz hingegen soll funktional sein. Die Reaktion der VBZ auf unseren Vorschlag, dass dieser Platz für Zweirichtungsfahrzeuge optimal geeignet wäre, war erstaunlich. Es würde weniger Lärm verursachen, das Behindertengleichstellungsgesetz könnte besser erfüllt werden, man müsste keine Kaphaltestelle bauen und hätte einen massiven Platzgewinn. Die VBZ aber verkehren offensichtlich unter dem Motto «vorwärts immer, rückwärts nimmer». In der Kommissionsarbeit führten sie aus, dass sie nur im Notfall rückwärtsfahren. Haben wir in Oerlikon bei der Depoteinfahrt jeden Tag einen Notfall? Dass es geht, zeigen Limmattalbahn und Forchbahn. Es braucht nur den Willen.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 1:

Carla Reinhard (GLP): Die Kommissionsmehrheit lehnt die ablehnende Kenntnisnahme ab, obwohl wir uns nach so vielen Jahren wünschten, dass die Planung für die Umgestaltung weiter wäre und eine kreditschaffende Weisung vorläge. Wir sehen keinen Sinn darin, die jetzige Entwicklung, die in die richtige Richtung geht, ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Die Mehrheit der Kommission ist froh, dass die Aussichten besser werden, insbesondere für Menschen mit einer Beeinträchtigung und für die ältere Bevölkerung. Es folgt mein Votum als GLP-Sprecherin. Das Problem beim Klusplatz ist mindestens seit dem Jahr 2011 bekannt. In diesen dreizehn Jahren hätte man die Situation verbessern können und müssen. Ende 2023 lief die Frist zur Umsetzung der barrierefreien Haltestellen ab. Die Stadt hatte sehr viel Zeit, um viel früher zu handeln. Dass man mindestens bis zum Jahr 2028 warten muss, bis die Umgestaltung beginnt, ist nicht akzeptabel, nachdem wir uns so lange dafür eingesetzt haben, dass etwas geht. Auch nicht in Ordnung ist, dass eine zweite Motion nötig war, bis endlich eine barrierefreie Umgestaltung angegangen wurde. Der Klusplatz ist komplex, das sehen wir, und die Umgestaltung hat grosse Auswirkungen. Darum muss ein Verkehrskonzept erstellt werden. Trotzdem kommt man nicht darum herum, was man bereits im Jahr 2011 wusste. Bereits damals hätte man eine grossflächige Reduktion des MIV angehen müssen, um das zugrundeliegende Problem – die überlasteten Knoten – langfristig zu lösen. Jetzt endlich geht es in die richtige Richtung. Wir werden das Projekt genau verfolgen und darauf bestehen, dass der Zugang für alle Menschen so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Weitere Wortmeldungen:

Anna Graff (SP): Die SP nimmt grundsätzlich erfreut zur Kenntnis, dass sich endlich Lösungen für die unter anderem für Velofahrer*innen und Menschen mit Behinderung unbefriedigende Situation am Klusplatz ankünden – auch wenn weit über ein Jahrzehnt nach Auslösung der Planung und damit viel zu spät. Die tatsächliche Lösung liegt uns mit dieser Weisung noch nicht vor und entsprechend wird auch die SP die kommenden Schritte aufmerksam begleiten. Für uns ist es zentral, dass die Projektvariante, die sich in den nächsten Monaten konkretisieren wird, einen befriedigenden, behindertengleichstellungsgesetzkonformen Umbau der ÖV-Haltestellen vorsieht und dass die Lösung auch velo- und quartierfreundlich ist. So wie uns die Stossrichtungen präsentiert wurden, scheinen diese Überlegungen in die Projekterarbeitung einzufließen. Wichtig ist jetzt, dass die Projekte auch so umgesetzt werden, dass die weitere Umsetzung mit höherer Priorität vorangetrieben wird und wir nicht so viele Jahre auf eine Lösung warten müssen. Im Rahmen der Weisung wurde uns dargelegt, dass wie gefordert ein Einbe-

zug der Bevölkerung im November 2023 erfolgte. Dabei wurden allerdings weder Behindertenorganisationen noch Veloverbände involviert. Die Veranstaltung war nicht öffentlich, sondern an Vertretungen lokaler Interessensgruppen gerichtet. Wir würden es begrüßen, wenn der Einbezug der Bevölkerung künftig offener gestaltet wird und Velo- und Behindertenverbände einbezogen werden, um das entsprechende Fachwissen abzuholen. Die SP wird der Weisung und der Abschreibung der Motion, aufgrund des Ablaufs der Frist, zustimmen. Das Anliegen der Motion muss zeitnah umgesetzt werden.

Claudio Zihlmann (FDP): Der Klusplatz ist ein sehr wichtiger Verkehrsknotenpunkt für das Quartier und stadtangrenzende Siedlungen. In Binz aufgewachsen, durfte ich jahrelang über den Klusplatz in die Stadt fahren und sah, dass die Umsteigemöglichkeiten nicht optimal sind. Es herrscht Verbesserungsbedarf und es gibt Optionen. Wir sehen auch, dass das Quartier kein Quartierzentrum hat. Wir sehen Ähnliches im Quartier Hirslanden, wo wir daran arbeiten. Wir stellen jedoch auch fest, dass der Klusplatz ein Verkehrsknotenpunkt bleiben wird, das ist ein Fakt. Wir stören uns daran, dass von weniger MIV ausgegangen wird. Wir haben MIV in der Stadt, davor dürfen wir die Augen nicht verschliessen. Leider wird er nicht abnehmen, er kann sogar zunehmen. Trotzdem sind wir nicht in der ablehnenden Haltung; zuerst wollen wir schauen, was auf uns zukommt.

Sandra Gallizzi (EVP): Die Neugestaltung der Haltestelle Klusplatz in eine behindertengerechte und benutzerfreundliche Haltestelle wird von unserer Fraktion sehr begrüsst. Dass das Quartier einbezogen wird, macht Sinn. Im jetzigen Zustand ist es sehr umständlich, an der Haltestelle Klusplatz vom Bus aufs Tram und umgekehrt umzusteigen, insbesondere für Personen, die in der Mobilität eingeschränkt sind. Wir sind froh und es ist höchste Zeit, dass der Klusplatz behindertengerecht und benutzerfreundlich wird.

Karen Hug (AL): Der Klusplatz liegt im Herzen von Hirslanden. Im regionalen Richtplan der Stadt ist er als Quartierzentrum von regionaler Bedeutung definiert. Aktuell ist aus unserer Sicht wenig von der Quartierzentrumsfunktion zu spüren. Es ist ein Platz, der vom Verkehr dominiert und von der Bevölkerung als Umsteigeort genutzt wird. Aus unserer Sicht hat der Platz viel Potenzial und kann mehr sein: ein Ort für die Bevölkerung, der Begegnung, des Gewerbes und der Nahversorgung. Im November fand eine partizipative Veranstaltung statt, bei der wichtige Inputs aus der Bevölkerung und dem Gewerbe einflossen. Vier zentrale Forderungen sind die Sicherung durch die Verbesserung aller Fussgängerüberquerungen rund um den Platz und vor allem im Bereich der Tramwendeschleife; eine Belebung des Einkaufsbereichs an der oberen Hegibachstrasse, insbesondere durch verkehrsberuhigende Massnahmen; die Schaffung einer Platzqualität in der Wendeschleife durch die Begrünung und Einrichtung von Sitzgelegenheiten und Verpflegungsmöglichkeiten für Jung und Alt; sowie die Neuordnung der Endhaltestelle der Überlandbusse zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Platz und für die Ruhe der Anwohnenden. Mit baulichen Massnahmen kann die Aufenthaltsqualität essenziell gesteigert werden. Wir fordern den Stadtrat auf, neben einer sicheren und barrierefreien Verkehrsgestaltung den Fokus auf die Aufenthaltsqualität zu richten und dem Bedarf der Quartierbevölkerung Rechnung zu tragen. In der Motion wird explizit die Mitwirkung des Quartiers verlangt. Dafür erfolgte mit der Veranstaltung vom 25. November 2023 ein erster Schritt. Das ist gut, aber es ist zu hoffen, dass die Wünsche aus dem Quartier ernstgenommen werden und die Mitwirkung keine Alibiübung ist. Wir nehmen es nach zehn Jahren mutlosen Abwartens und Spielens auf Zeit ernst. Wir erwarten reelle Lösungsvorschläge, die aus dem Klusplatz einen Platz in Hirslanden machen. Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Im Sommer 2023 wurde das Vorprojekt gestartet und Ende November 2023 konnte die erste Partizipationsveranstaltung durchgeführt werden. Wie es

die Motion fordert, wurden die einbezogen, die den Klusplatz heute nutzen. Die Präsentation der Veranstaltung ist auf der projekteigenen Webseite öffentlich einsehbar und die Resultate der Veranstaltung werden ab Ende Januar 2024 zu finden sein. Selbstverständlich werden die Inputs aus dem Quartier ernst genommen. Mit der Publikation sieht man, dass wir das so meinen. Im Moment entwickelt das Tiefbauamt einen Variantenführer, der auf den Erkenntnissen der Machbarkeitsstudie aufbaut. Im Januar 2024 werden umfangreiche Verkehrserhebungen durchgeführt. Diese bilden die Grundlage für das belastbare Verkehrsmengengerüst aller Verkehrsträger und für die folgenden Verkehrssimulationen. Im dritten Quartal 2024 findet die nächste Partizipationsveranstaltung statt. Auch dort wollen wir wieder die Leute einbeziehen, die den Klusplatz heute nutzen. Bis im Sommer 2025 soll das Vorprojekt unter Mitwirkung der Bevölkerung abgeschlossen sein und mittels öffentlicher Planaufgabe gemäss Paragraph 13 des Strassengesetzes (StrG) der Bevölkerung zur Stellungnahme unterbreitet werden. Gestützt auf den begründeten Bericht ist der Stadtrat der Meinung, dass er mit dem Projekt und dem Fahrplan den Forderungen der Motion so gut wie möglich gerecht wird.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Carla Reinhard (GLP); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium
Enthaltung:	Andreas Egli (FDP), Präsidium; Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Carla Reinhard (GLP); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL)
Minderheit:	Referat: Derek Richter (SVP); Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium
Enthaltung:	Andreas Egli (FDP), Präsidium; Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Carla Reinhard (GLP); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion GR Nr. 2019/128 von Hans Jörg Käppeli (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 3. April 2019 betreffend Neugestaltung von benutzerfreundlichen und behindertengerechten Haltestellen für Tram und Bus am Klusplatz unter Mitwirkung des Quartiers wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024

2731. 2023/359

Weisung vom 12.07.2023:

Tiefbauamt, Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse, Kunst-, Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau, neue einmalige Ausgaben; Bericht und Abschreibung einer Motion

Antrag des Stadtrats

1. Für die Kunstbauten, den Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau und die damit zusammenhängende archäologische Baubegleitung und die Markierungen und Signalisationen im Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 15 704 000.– bewilligt (Preisbasis: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).
2. Die neuen einmaligen Ausgaben für das Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Plangenehmigung bzw. der rechtskräftigen Projektfestsetzung. Die neuen einmaligen Ausgaben für die Begegnungszone stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Verkehrsvorschriften.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Der Bericht zur Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
4. Die Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1 und Dispositivziffer 3 / Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffer 1–2 und Dispositivziffer 3:

Markus Knauss (Grüne): Es geht um die Personenunterführung Mühlebachstrasse für Velofahrende und Fussgängerinnen. Die Weisung hat drei Ursachen. Die Hauptursache ist, dass die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen mit einem vierten Gleis sowie mit einem zweiten Gleis vom Bahnhof Stadelhofen an den Bahnhof Tiefenbrunnen planen. Dieses Milliardenprojekt der SBB gehört zu den grossen Ausbauten der Bahnanlagen im Kanton Zürich. Der Bahnhof Stadelhofen ist verkehrlich wichtig. Er war einst ein kleiner Vorstadtbahnhof, der das rechte Zürichseeufer erschloss. Im Jahr 1989 hat sich das mit der S-Bahn und der Eröffnung des Tunnels komplett verändert. Es gab grosse Verkehrsmengen und mit dem zukünftigen Ausbau werden noch mehr Leute den Bahnhof Stadelhofen benutzen. Darum kommt den Publikumsanlagen und Zugängen eine grosse Bedeutung zu, wofür wir heute einen ersten Schritt machen. Die SBB planen eine Passage West zum vierten Gleis, das zentral für den Ausbau ist. Dazu gehören Treppen und ein Lift von der Kreuzbühlstrasse her. Für die SBB ist damit die Bahnhofserweiterung abgeschlossen. Rechtlich gesehen ist der Bahnhof genügend erschlossen und die SBB können nicht verpflichtet werden, weitere Erschliessungsanlagen zu finanzieren. Das Tiefbauamt (TAZ) macht sich seit dem Jahr 2017 Gedanken, wie der enge Raum im Südosten des Bahnhofs, wo die Kreuzbühlstrasse, Falkenstrasse und Mühlebachstrasse aufeinandertreffen, für den Fussverkehr optimiert werden kann. Daraus entstand die Idee, dass beim Mühlebachpärkli eine neue Unterführung für Fussgängerinnen und Fussgänger erstellt wird, die im zweiten Untergeschoss an die SBB-Anlage anschliesst. Die dritte Ursache ist, dass Hans Jörg Käppeli (SP) und ich uns Gedanken machten, wie wir es schaffen können, dass weniger Velos über die enge Stelle der drei Strasse fahren müssen. Das Haus zum Falken befindet sich im Bau. Dort entsteht eine dreigeschossige, unterirdische Veloabstellanlage. Darum reichten wir die Motion GR Nr. 2021/474 ein, mit der wir fordern, dass nicht nur für Fussgängerinnen, sondern auch für Velofahrende eine direkte Erschliessung in die unterirdische Veloabstellanlage möglich sein wird. Das wird im ersten Untergeschoss sein. Das Tiefbauamt bündelte alle Ideen und legte sie im heutigen Projekt nieder. Die SBB planen die Fertigstellung des Bahnhofs Stadelhofen auf Mitte der 2030er-Jahre. Mit diesem Projekt beginnt die Stadt im Jahr 2029 und es sollte im Jahr 2030 fertiggestellt sein. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass das städtische Projekt für die Erschliessung des sehr wichtigen Bahnhofs Stadelhofen das SBB-Projekt gut ergänzt. Es scheint uns sinnvoll, dass sich die Stadt mit diesem Betrag an der Gesamtanlage beteiligt. Das TAZ sieht Kosten für die zusätzlichen Erschliessungsanlagen in der Höhe von 15,704 Millionen Franken vor. In der Weisung sieht es aber lediglich sechs Prozent Reserven vor, üblich sind zwanzig Prozent. Wir befinden uns in einem frühen Projektstadium. Die Bewilligungsverfahren wurden noch nicht durchgeführt. Bis zum Baubeginn im Jahr 2029 kann es noch Anpassungen geben. Die Kommissionsmehrheit erachtet es als sinnvoll, Reserven in der Höhe von zwanzig Prozent einzuplanen. Wir beantragen darum, dass der Objektkredit um 2,142 Millionen Franken auf 17,846 Millionen Franken erhöht wird. Unter Dispositivziffer 2 beantragt die Mehrheit, dass das Projekt unter Vorbehalt der rechtskräftigen Plangenehmigung, respektive der rechtskräftigen Projektfestsetzung, steht. Es gilt auch ein Vorbehalt für die Begegnungszone, weil es dafür Verkehrsvorschriften braucht. Es gibt verschiedene Wege, wie das Projekt bewilligt werden kann. Eine Möglichkeit ist das Plangenehmigungsverfahren. Das bedeutet ein Anhängen an das SBB-Projekt und wäre somit ein eisenbahnrechtliches Verfahren. Wenn das Bundesamt für Verkehr diesen Weg ablehnt, dann läuft es nach Strassenrecht und das Projekt muss gemäss Paragraph 13 und Paragraph 16 Strassengesetz (StrG) aufgelegt werden. Mit Dispositivziffer 3 beantragt die Kommissionsmehrheit, dass der Bericht zustim-

mend zur Kenntnis genommen wird, denn wir halten es für ein gutes und wichtiges Projekt. Die einstimmige Kommission beantragt mit Dispositivziffer 4 die Abschreibung der Motion, weil sie erfüllt wird und ein Objektkredit vorliegt. Wir Grünen haben in der Vergangenheit deutlich unser Missfallen darüber zum Ausdruck gebracht, dass das Tiefbauamt den Raum vor dem Bahnhof nicht schnell beplant hat. Es ist ein kleiner Vorstadt-Bahnhof, weshalb der Vorplatz sehr wichtig ist und man die Vorbereiche für die Velo- und Fussgängeranlagen gut planen muss. Die Stadt hat mit dieser Weisung einen ersten und wichtigen Schritt gemacht. Uns Grünen ist klar, dass weitere Schritte folgen müssen. Technisch kann man das Ganze auffangen, aber eigentlich geht es darum, dass wir weniger Autoverkehr auf der stark belasteten Strasse haben. Das TAZ informierte uns vor einigen Monaten darüber, dass eine neue Verkehrsführung im Bereich der Kreuzstrasse weiter östlich geplant ist. Sie soll im Gegenverkehr geführt werden, was den Druck auf den engen Raum im Südosten reduzieren wird. Ich bin froh, dass wir endlich einen Vorstoss innert Frist zu einem Objektkredit machen können. In der Vergangenheit mussten wir feststellen, dass das TAZ sehr lange Vorlaufzeiten für die Planung hatte. Ich erinnere an die Langstrassenunterführung, die Thurgauerstrasse oder die Zollbrücke. Beim Bahnhof Stadelhofen ist die Ausgangslage anders. Wir haben einen Objektkredit für ein Objekt, das erst in etwa fünf Jahren umgesetzt wird. Das scheint uns der richtige Weg. Es scheint auch wichtig zu sein, dass Planungssicherheit geschaffen wird.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1 und Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffer 1–2 und Dispositivziffer 3:

Stephan Iten (SVP): *Die SVP ist nicht so begeistert von diesem Schnellschussprojekt wie Markus Knauss (Grüne). Auf der ersten Seite der Weisung steht, dass den SBB plötzlich in den Sinn gekommen sei, dass der Bahnhof um das vierte Gleis erweitert werden müsse. Die Stadt will sich jetzt daran beteiligen und die Unterführung erweitern. Es ist ein grosser Zufall, dass die Personenunterführung bei der Velostation Haus zum Falken durchführt, so wie es auch ein grosser Zufall ist, dass einige Vorstösse abgeschrieben werden können. Bei den Vorstössen geht es um die Zufahrt zur Velostation. Trotzdem wird die Weisung mit «Personenunterführung» deklariert, sodass die Unterführung nicht mit der Velostation in Zusammenhang gebracht werden kann. Wenn die Stadt dazu stehen würde, dass es um eine zusätzliche Zufahrt zur Velostation geht, dann ginge es um 15 Millionen Franken für eine Velostation und um 15 Millionen Franken für die Unterführung. Dann wären wir im Bereich einer Volksabstimmung. Darum sagt die Verwaltung, dass es zwei getrennte Projekte sind, die nichts miteinander zu tun haben. Dazu kommt, dass ein Anrechnen an den Velokredit mit der Deklaration als Personenunterführung nicht möglich ist. Wir haben gefragt, wie hoch der Anteil der Zufahrt zur Velostation ist. Die Verwaltung sagte, dass das ein sehr kleiner Teil des Gesamtkredits im einstelligen Prozentbereich sei. Hätte man von einer Zufahrt zur Velostation gesprochen, wäre die Personenunterführung ein solch kleiner Anteil. Wir haben einen Projektierungskredit, sind aber noch nicht am Ende. Mit den 15 Millionen Franken will man nicht vors Volk, aber Markus Knauss (Grüne) hat bereits darauf hingewiesen, dass noch mehr Wünsche kommen können. Irgendwann kommen wir mit der «Salamitaktik» zu einem Betrag, mit dem wir längst vors Volk müssten. Das Projekt kostet 15 Millionen Franken, die Projektierungskosten lagen nur bei 800 000 Franken. Für ein solches Projekt werden normalerweise Projektierungskosten in der Höhe von 1,5 Millionen Franken beantragt. Ich frage mich, warum der Betrag so tief war; warum die anderen Projekte so teuer sind, während es hier, wo es eilt, so günstig ist. Das liegt daran, dass es ein Schnellschussprojekt ist. Der erste Fehler war in der Kommission bereits ersichtlich: Die Reserven wurden falsch berechnet. Das wird nicht der letzte Fehler sein. Ich frage mich, wie hoch die nächsten sein werden. Irgendwann werden es mehr als 20 Millionen Fran-*

ken sein, ohne dass das Projekt dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde. Der Stadtrat wird einen Zusatzkredit als gebundene Ausgaben vorlegen. Damit sind wir nicht einverstanden. Es muss seriös projektiert werden, wie das die FDP bei der Unterführung beim Heimplatz einforderte. Hier aber spielt es der FDP plötzlich keine Rolle. Wir sind der Meinung, dass man einem solchen Kredit nicht zustimmen kann, dass es ein Velo-Projekt ist und man die Weisung dem Volk vorlegen müsste.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3:

Andreas Egli (FDP): Unser Änderungsantrag verlangt, dass der Bericht nicht explizit «zustimmend» zur Kenntnis genommen wird. Die FDP ist der Meinung, dass die Velo-Zufahrtsrampe ins zweite Untergeschoss durchaus sinnvoll ist und dass die geplante Fussgängerunterführung, die einen Grossteil der Kosten ausmacht, sinnvoll oder sogar notwendig ist. Andererseits muss man sehen, dass der Stadtrat Ende 2020 den Kredit für die Velostation Haus zum Falken gesprochen hatte. Unmittelbar in diesem Zusammenhang wurde die Motion für die Velozufahrt eingereicht. Dass gestückelt und mit einem Projekt begonnen wurde, dass man nicht fertig gedacht hatte, ist klar. Ich habe Zweifel, dass die Kosten dazu geführt hätten, dass man das gesamte Projekt zur Volksabstimmung hätte vorlegen müssen. Es ist ein Projekt, dass unter zeitlicher Dringlichkeit steht. Das ist der Grund, warum wir bei der Frage der Reserven genauer hinschauten. Dass sie sich als falsch herausgestellt haben, ist kein Umstand, der uns dazu verleitet, den Bericht «zustimmend» zur Kenntnis zu nehmen. Es reicht, dass der Bericht zur Kenntnis genommen wird und man darf seiner Begeisterung Ausdruck verleihen, wenn von Anfang bis Ende sauber gearbeitet wurde. Das ist hier nicht der Fall. Ich hoffe, dass es kein weiteres Projekt ist, bei dem die Bauausführung das Prädikat ungenügend erhalten wird.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Das vorliegende Projekt vereint mehrere Vorteile: die Personenunterführung Mühlebachstrasse und die Unterquerung der Kreuzbühlstrasse. Damit schafft es einen Anschluss für die Fussgänger*innen zur zukünftigen Personenunterführung der SBB und so einen direkten Zugang zu den neuen und bestehenden Perrons. Dank der Unterführung reduzieren sich die oberirdischen Querungen im Kreuzungsbereich der Falken- und Kreuzbühlstrasse. Das schafft Sicherheit. Mit einer Breite von 4,5 Metern hat die Treppe eine genügend grosse Kapazität. Der hindernisfreie Zugang zur Personenunterführung der SBB wird via Lift zwischen Gleis 1 und der Kreuzbühlstrasse gewährleistet. Weil die Personenunterführung Mühlebachstrasse in unmittelbarer Nähe zur Velostation Haus zum Falken zu liegen kommt, lag es auf der Hand, eine Zufahrtsrampe in die Velostation zu bauen. Dank dieser Rampe haben wir in Zukunft einen direkten Anschluss der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in die Veloabstellanlage im Haus zum Falken. Das ist komfortabel und ein grosser Gewinn. Bei der Projektierung ist uns bei der Berechnung der Reserven ein Fehler unterlaufen, der dank der Aufmerksamkeit zweier Kommissionsmitglieder bemerkt wurde und korrigiert werden kann. Ich entschuldige mich für diesen Fehler und bedanke mich für den Änderungsantrag. Das Vorgehen ist einfacher als ein Rückzug und Wiedervorlegen der Weisung.

Weitere Wortmeldung:

Stephan Iten (SVP): Die Entschuldigung ist selbstverständlich angenommen. Damit ist es jedoch nicht getan. Das ist einer von einer noch unbekanntem Anzahl weiterer Fehler. Ich verstehe nicht, warum so geeilt wurde, wenn erst im Jahr 2029 mit der Planung begonnen wird. Jetzt haben wir das Jahr 2024 und es geht um einen Objektkredit. Nur um

den SBB Planungssicherheit zu geben, ist kein Grund. Einen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, ist ein Lob, das wir Stadtrat und Verwaltung erteilen und nicht etwas, dass sich der Stadtrat selbst erteilt. Wenn man Fehler macht, kann man nicht sagen, dass man Grossartiges geleistet hat. Es reicht, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Für die Kunstbauten, den Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau und die damit zusammenhängende archäologische Baubegleitung und die Markierungen und Signalisationen im Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 15 704 000.–Fr. 17 846 000.– bewilligt (einschliesslich 20 Prozent Reserven, Preisbasis: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)
- Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Der Bericht zur Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

- Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
- Minderheit: Referat: Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP), Claudio Zihlmann (FDP)
- Enthaltung: Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)
Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Derek Richter (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Markus Knauss (Grüne); Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP)
Minderheit: Referat: Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Präsidium; Derek Richter (SVP), Claudio Zihlmann (FDP)
Enthaltung: Carla Reinhard (GLP), Michael Schmid (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Markus Knauss (Grüne); Andreas Egli (FDP), Präsidium; Stephan Iten (SVP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP) i. V. von Heidi Egger (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Reis Luzhnica (SP), Severin Meier (SP), Carla Reinhard (GLP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Claudio Zihlmann (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Kunstbauten, den Kanal-, Werkleitungs- und Strassenbau und die damit zusammenhängende archäologische Baubegleitung und die Markierungen und Signalisationen im Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 17 846 000.– bewilligt (einschliesslich 20 Prozent Reserven, Preisbasis: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).
2. Die neuen einmaligen Ausgaben für das Projekt Kreuzbühlstrasse, Personenunterführung Mühlebachstrasse mit Zufahrtsrampe und Zugängen zum Haus zum Falken, stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Plangenehmigung bzw. der

rechtskräftigen Projektfestsetzung. Die neuen einmaligen Ausgaben für die Begegnungszone stehen unter dem Vorbehalt der rechtskräftigen Verkehrsvorschriften.

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Der Bericht zur Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
4. Die Motion GR Nr. 2021/474 von Hans Jörg Käppeli (SP) und Markus Knauss (Grüne) betreffend Projektierung eines direkten Zugangs von der Velovorzugsroute Mühlebachstrasse in das zweite Untergeschoss der Veloabstellanlage im Haus zum Falken wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. März 2024)

2732. 2023/59

Weisung vom 08.02.2023:

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht «Photovoltaik-Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/212, der SP-, Grünen-, GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionminderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung bereinigte Dispositivziffer 1:

Johann Widmer (SVP): *Mit der Motion soll der Stadtrat die nötigen Anpassungen der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung (BZO) vorlegen, um den Zubau an Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) bis ins Jahr 2030 massiv zu erhöhen. Der Stadtrat teilt die Ansicht, dass das Potenzial der Photovoltaik (PV) zur Erreichung der städtischen Energie- und Klimaziele umgesetzt werden kann. Im Rahmen der PV-Strategie wurde ein Zubau-Ziel für das Jahr 2030 formuliert, das eine Produktion von 120 Gigawattstunden pro Jahr vorsieht. In der Stadt verbrauchen wir rund 3000 Gigawattstunden. Zehn Prozent entsprechen also 300 Gigawattstunden. Damit das erreicht werden kann, wurde eine zweite Studie in Auftrag gegeben. Sie zeigt auf, dass das theoretisch möglich, in der praktischen Umsetzung jedoch äusserst anspruchsvoll wäre. Jede Studie geht von Annahmen aus und abhängig davon können die Resultate variieren. Die Kommission zweifelte einige dieser Annahmen an und führte zwei Hearings mit Schweizer Fachleuten durch. Ich gehe auf die wichtigsten Kritikpunkte ein, die die Kommission eingehend behandelte. Erstens wird die vom Stadtrat kommunizierte Beschleunigung des Ausbaus der PV von einigen in der Kommission angezweifelt. Man war sich nicht sicher, ob das Vorhaben nicht weiter beschleunigt werden kann und mehr Solarflächen bis ins*

Jahr 2030 mit PV-Modulen belegt werden können. Zweitens wurde in der Studie die Abhängigkeit von Dachsanierungszyklen erwähnt. Wenn ein Dach saniert werden muss, wird es danach 30 bis 50 Jahre lang halten. Dann ist es kein Problem, gleichzeitig eine PV-Anlage vorzusehen. Wenn es nur noch fünfzehn Jahre sind, dann ist es nicht mehr so rentabel. Auch dieser Punkt wurde angezweifelt. Beim Thema PV-Fassaden wurde richtig erkannt, dass das einen ökologischen Wert hat und dass eine Umsetzung gut möglich ist. Die Stadt hat zehn Pilotprojekte vorgeschlagen. Die Kommission wollte wissen, wieso es nur so wenige sind und ob nicht mehr getan werden kann. Damals war es ein Problem mit der Gebäudeversicherung: Aus Brandschutzgründen wurden die PV-Anlagen an Fassaden nicht gerne gesehen. In der Zwischenzeit wurden Lösungen gefunden. Der vierte Punkt ist die Dachbegrünungspflicht für Flachdächer. Die Potenzialstudie hat wegen der Dachbegrünung 30 Prozent abgezogen, weil die Kombination von Dachbegrünung und Stromproduktion nicht kompatibel ist. Der fünfte untersuchte Punkt ist, dass Aufbauten und die Nutzungskonkurrenz ebenfalls eine Rolle spielen. Die Studie zog dafür 40 Prozent ab. Aufbauten auf Dächern wie Schornsteine, Lüftungsschächte oder Liftschächte verhindern, dass Anlagen ausgelegt werden können. Die Beantwortung aller Fragen erhellte die Sachlage und brachte in ganz wenigen Punkten Abweichungen zur städtischen Studie hervor. Die Mehrheit der Kommission hat schliesslich doch wohlwollend ablehnende Kenntnisnahme beschlossen. Die Minderheit vertritt eine Kenntnisnahme. Die Abschreibung der Weisung wurde einstimmig empfohlen.

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung bereinigte Dispositivziffer 1 und Kommissionsreferat Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Dominik Waser (Grüne): Für uns war das Geschäft, beziehungsweise der Verlauf der Beratung des Geschäfts sehr enttäuschend. Wir sind auch vom Vorsteher enttäuscht, weil nicht mehr herausgeholt wurde. Die vorgelegte PV-Strategie ist aus unserer Sicht nicht ambitioniert und entspricht nicht dem, was die Ratsmehrheit mehrfach einforderte. Der Parlamentswille wird aus unserer Sicht bei einem solch wichtigen Thema wie der Energiewende ignoriert. Zwei Jahre wurden aus unserer Sicht teilweise vergeudet, Kommissionsmitglieder wurden getröstet, ihnen wurde kein Handlungsspielraum gegeben, ernsthafte Debatten konnten teilweise nicht stattfinden und in dieser Zeit wurde so getan, als befände man sich auf einem guten Weg. Für uns grenzt das an Arbeitsverweigerung. Keine Gelegenheit wurde verpasst, um zu sagen, wie gut die Stadt unterwegs sei. Wir seien die besten im Öffentlichen Verkehr (ÖV), wir hätten die beste Stromversorgung, die ambitionierteste Wärmestrategie und so weiter. Auch wenn wir in vielen Dingen gut sind, wird dieser Umstand oft missbraucht, um zu sagen, dass wir nicht mehr tun müssen. Man solle bei den anderen schauen, die nicht mehr täten, weshalb wir nicht übertreiben sollten. Dabei wissen wir, dass es nicht reicht. Die neusten Zahlen zeigen, dass wir uns nicht auf Kurs befinden, dass wir nicht schnell genug sind. Das gilt für Zürich, aber auch für die ganze Schweiz und global. Zweitens ist die Verantwortung der Stadt Zürich sehr viel grösser als die von anderen Städten, Orten, Ländern und Akteuren. Denn wir müssen ein viel höheres Tempo bei der Energiewende vorlegen. Somit ist auch unser Anspruch an unsere Verantwortungstragenden höher. Das Argument, dass wir bei den anderen schauen und zufrieden sein sollen, weil wir viel tun, verkennt die Realität doppelt. Erstens haben wir als reiche Stadt historisch bereits viel zu viele Emissionen ausgestossen, weshalb es fair ist, wenn wir viel schneller vorwärtskommen. Zweitens führt das Argument, dass die anderen auch nicht viel mehr und wir bereits genügend tun, auf einen Irrweg. Es wird oft von denen benutzt, die die Notwendigkeit von Klimaschutz in Frage stellen oder ihn verhindern wollen. Rufen wir uns die Geschichte der Vorlage ins Gedächtnis. Im Zug der Klimaproteste wurde die ursprüngliche Motion eingereicht. Sie fordert, dass bis zum Jahr 2030 mindestens zehn Prozent des städtischen Strombedarfs mit Solarstrom aus Anlagen auf Stadtgebiet gedeckt wird. Das ent-

spricht rund 300 Gigawattstunden. Ende 2021 wurde die aus unserer Sicht ungenügende PV-Strategie vorgelegt, die nur 120 Gigawattstunden statt der geforderten 300 Gigawattstunden vorsah. Anfang 2022 lehnte der Gemeinderat sie ab und gewährte eine Nachfrist mit der expliziten Forderung, dass das verbessert und das Ziel erhöht werden muss. Anfang 2023 wurde der Bericht vorgelegt. Er enthält genau das Gleiche, das wir ein Jahr vorher hatten: das Ziel von 120 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030. Die Weisung diskutierten wir in der Kommission mit grossem Aufwand. Leider waren die Bereitschaft der Verwaltung und des Vorstehers STR Michael Baumer, unsere Forderung umzusetzen, sehr klein. Jetzt stehen wir nach vier Jahren hier mit einer ungenügenden und wenig ambitionierten Vorlage. Wir sind frustriert und enttäuscht. Es scheint, dass man an diesem Vorschlag festhalten will, koste es, was es wolle. Dabei wird ignoriert, dass das Parlament mehrmals etwas anderes gefordert hat, dass gemäss Expertinnen mehr möglich ist, dass der PV-Markt sich global und in der Schweiz exponentiell entwickelt, dass sich Argumente wie Lieferengpässe oder Verfügbarkeiten in der Zwischenzeit in Luft aufgelöst haben und dass der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren in den Griff bekommen werden kann. Es wird ignoriert, dass in absehbarer Zeit nationale Gesetzesänderungen kommen, die einen schnelleren Solarzubau ermöglichen werden. Es gab bereits viele kantonale Verbesserungen, mit denen Hürden abgebaut wurden, damit es schneller gehen kann. Es wird ignoriert, dass die Stadt mit einem ambitionierteren Ziel Vorreiterin sein kann, was einen positiven Einfluss auf die Stadtbevölkerung, auf die nachhaltige Entwicklung der Stadt und auf die Energie und Versorgungssicherheit haben könnte. Es wird ignoriert, dass alle gewinnen könnten und dass wir nichts zu verlieren hätten, wenn wir an unserem ambitionierteren Ziel von 300 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 festhalten würden. Das geschieht leider nicht, was aus unserer Sicht nicht geht. Darum fordern wir STR Michael Baumer und alle anderen Beteiligten auf: Machen Sie das, was das Parlament fordert; machen Sie das, was gut für die Stadt ist; machen Sie das, was gut für die Bevölkerung ist und machen Sie das mit einer guten Portion Mut. Wir sehen uns gezwungen, den Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. Da wir sonst keine Handlungsmacht haben, werden wir in den nächsten Wochen verschiedene Vorstösse einreichen, auch wenn wir bereits viel Zeit verloren haben. Wir sind der Meinung, die Stadt hat ein ambitionierteres Solar-Zubau-Ziel verdient.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): Wir sind in der Mehrheit, die den Bericht ablehnend zur Kenntnis nimmt. Wir sehen zwar, dass die Bemühungen des Stadtrats da sind, finden aber, dass deutlich mehr möglich ist. Wir sehen, dass es in Zürich mit dem Solarausbau ein wenig vorwärtsgeht. Ein Zeichen dafür ist, dass das Elektrizitätswerk (ewz) mit dem Novemberbrief den Wert des Zubaus in der Stadt auf 5000 Kilowatt-Peak erhöht hat, nachdem dort während Jahren deutlich tiefere Werte ausgewiesen wurden. Immobilieneigentümer müssen sich fragen, warum sie noch immer keine PV-Anlagen haben und ob sie das nicht jetzt vorziehen wollen, anstelle auf den letztmöglichen Zeitpunkt einer Dachsanierung zu warten. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) und das ewz sind – auf Druck des Gemeinderats – einige Schritte in die richtige Richtung gegangen. Dazu gehören der Herkunftsnachweis, der jetzt vergütet wird, und ein niederschwelliges Förderprogramm. Das Signal ist klar: Die PV-Anlagen müssen jetzt auf die Dächer. Wir anerkennen, dass etwas getan wurde und der Vorsteher des DIB wird diesen Werbesport später sicher weiterführen. Wir haben jedoch deutlich mehr gefordert. Das gesamte Potenzial liegt bei 500 Gigawattstunden pro Jahr. Dabei wurden bereits sehr viele Abzüge für Denkmalschutz, ungenügende Statik, Aufbauten, Dachbegrünung und Beschattung gemacht. Die geforderten 300 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 sind zugegebenermassen zu ambitioniert, wie eine Studie nochmals zeigte. Wir befinden uns jedoch gut auf dem 120-Gigawattstunden-Entwicklungspfad. Darum halten wir es für mutlos, dass

in der Weisung weiterhin, wie bereits vor zwei Jahren, an den 120 Gigawattstunden festgehalten wird. Vieles kann die Stadt nicht direkt beeinflussen; die wichtigen Gesetze werden von Kanton und Bund geschrieben, wie eine PV-Pflicht auf Bestandesbauten oder die lokalen Elektrizitätsgemeinschaften, die im Mantelerlass beschlossen wurden, sodass die lokalen Gemeinschaften das ewz-Netz benutzen können, um sich gemeinsam zu versorgen. Von Bund und Kanton kommen sehr viele positive Signale von einer breiten Mehrheit der Parteien. Darum ist es für uns unverständlich, dass an den 120 Gigawattstunden festgehalten wird. Einige Dinge können beeinflusst werden. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wird empfohlen, dass man nur so viele PV-Anlagen baut, wie man selbst benötigt, auch wenn die Dachfläche mehr zulassen würde. Viele investieren in viel zu grosse Batterien, damit sie keinen Strom ins ewz-Netz zurückspeisen müssen. Es wäre angebracht, die heutigen Einspeisebeiträge zu überdenken oder zumindest einen Mindestbetrag zu garantieren für den Fall, dass die Marktpreise wieder stark fallen. Das würde eine Planungsgarantie bedeuten und es wäre mit den bestehenden Gesetzen möglich, auch wenn man bisher an den Gestehungskosten von ähnlichen Energieträgern festgehalten hat. Bei stadteigenen Gebäuden wird ab und zu auf PV-Anlagen verzichtet, weil sie der strengen Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht standhalten. Die Stadt will hier immerhin auf zehn Prozent entgegenkommen; wenn die berechneten Kosten zehn Prozent höher sind als bei vergleichbaren Anlagen. Seriöse Wirtschaftlichkeitsprüfungen sind wichtig, aber es sind nur Prognosen. Die Stadt könnte mehr Mut beweisen und die zehn Prozent deutlich überschreiten, ohne dass das ökonomische Risiko zu gross wäre. Bei Pionierprojekten wie den PV-Fassadenanlagen scheint es aus verschiedenen Gründen ebenfalls nicht im Eilzugtempo vorwärtszugehen. Aus diesen Überlegungen haben wir Grünliberalen beschlossen, den zweiten PV-Bericht ablehnend zur Kenntnis zu nehmen. In der Kommission tauchte zwar einmal die kleine Vision auf, dass Zürich doch noch zur Solarstadt werden kann. Jemand sagte, dass es nur noch spiegelt vor lauter PV-Anlagen, wenn man vom Uetliberg aus auf die Stadt schaut. Ich bin mir nicht sicher, ob es als Drohung gemeint war, dass sich das Stadtbild so stark verändert. Ich finde aber, dass genau das das Leitbild sein sollte: Wenn man im Jahr 2030 vom Uetliberg auf die Stadt schaut, dann sollte es vor lauter PV-Anlagen blenden. Heute braucht es einen Feldstecher, um PV-Anlagen zu finden. Wir werden die Situation beobachten. Wenn wir uns nur auf dem 120-Gigawattstunden-Entwicklungspfad bewegen, werden wir weitere Vorstösse einreichen, damit Zürich doch noch zur Solarstadt wird.

Patrick Tscherrig (SP): *Zürich war einst Pionierstadt beim Ausbau der Solarenergie. Diese Position büsste sie längst ein. Darum wurde diese Motion für die deutliche Steigerung des Solarstroms eingereicht. Leider wurde uns keine Vorlage präsentiert, die das umsetzen will. Stattdessen legt uns der Stadtrat einen weiteren Bericht vor, der aufzeigt, wieso bis ins Jahr 2030 nicht mehr als 120 Gigawattstunden zugebaut werden können. Der Bericht ist nicht das Problem; er ist sauber erstellt und die gesamte Diskussion war sehr erhellend. Das Problem ist – und dort liegt unsere Enttäuschung –, dass daraus keine konkreten Massnahmen abgeleitet werden, um ein ambitionierteres Zubau-Ziel zu verfolgen. Wo die Reise hingehen hätte können, steht im Begründungstext der Motion. Das ewz soll Anreize für den Ausbau durch Private schaffen, attraktivere Angebote ausarbeiten, den Rücknahmetarif erhöhen, Hürden und Zielkonflikte sollen beseitigt und PV-Fassadenanlagen gefördert werden. Das ewz war in den letzten Jahren nicht untätig in diesen Bereichen. Die Bestrebungen für hochalpine Solaranlagen begrüssen wir sehr. Auch wurde der Rücknahmetarif auf Anfang 2023 und wiederum dieses Jahr erhöht. Insgesamt aber geht es zu langsam voran und es geschieht zu wenig. Oft wurden der Fachkräftemangel oder die Verfügbarkeit von PV-Anlagen ins Feld geführt. Das mag vorübergehend stimmen. Aber das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Zürich eine klare Ansage machen könnte, dass wir zur Solarstadt werden und massiv ausbauen wollen. Das wäre ein Zeichen an Investoren und Installationsfirmen, um in der Stadt tätig zu werden. Das fehlt. Dem Bericht kann zugutegehalten werden, dass er darauf hinweist, wo der*

Schuh drückt und wo Potenzial besteht: Der Denkmalschutz ist eine gewisse Hürde; ein zu tiefer und vor allem ein unsicherer Rücknahmetarif hemmt Investitionen; die Abhängigkeit von Dachsanierungszyklen sowie der Fachkräftemangel sind Hemmnisse für einen schnelleren Ausbau. Interessant am Bericht ist, dass er zwei Erschliessungsszenarien aufzeigt. Aus einem leitet er sein Ziel der 120 Gigawattstunden ab. Dieses sieht einen langsameren jährlichen Zubau bei bestehenden Gebäuden von einem Prozent vor. Auch bei Neubauten trifft es konservativere Annahmen. Das zweite Szenario geht von drei Prozent bei bestehenden Bauten aus und davon, dass bei Neubauten viel mehr PV-Anlagen eingesetzt werden. Interessant am Bericht ist, wie er das Szenario beurteilt. Es sei sehr ambitioniert, aber: «Noch mehr als beim Erschliessungsszenario I würde die Photovoltaik regelrecht zu einem Bestandteil der Baukultur. Limitierend sein könnten vor allem beim ambitionierten Erschliessungsszenario II die effektive Verfügbarkeit der eigentlich geeigneten Flächen und die Bereitschaft der entsprechenden GebäudeeigentümerInnen, in dieser Periode bis 2030 (auch) in eine PV-Anlage zu investieren, insbesondere wenn die ökonomischen oder strukturellen Bedingungen [...] hemmend wirken.» Aus den hier formulierten Bedenken kann man einen Auftrag verstehen. Ja, die PV soll zu einem Bestandteil der Baukultur werden. Die geeigneten Flächen müssen gefunden und die ökonomischen und strukturellen Bedingungen so gestaltet werden, dass sich Investitionen in PV-Anlagen lohnen. Um all das zu erreichen, werden wir in den nächsten Monaten mit Vorstössen aktiv werden. Den Bericht nehmen wir ablehnend zur Kenntnis. Das richtet sich nicht gegen den Bericht selbst, sondern gegen die Zielsetzung. Der Abschreibung der Motion stimmen wir zu, weil eine weitere Runde nicht weiterhilft.

Andreas Kirstein (AL): *Wir sind uns einig, dass die ablehnende Kenntnisnahme eines Berichts des Stadtrats nicht zu den schärfsten Instrumenten gehört, die uns zur Verfügung stehen. Ich bin daher gespannt auf die weiteren Vorstösse, denn diese werden vermutlich Massnahmen beinhalten, die uns einem ambitionierteren Ziel näherbringen. Die AL wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Ihn nicht zur Kenntnis zu nehmen, wäre schwierig, denn wir diskutierten ihn in der Kommission sehr lange. An den Hearings habe zumindest ich sehr viel gelernt. In der Kommission hatte ich den Eindruck, dass die Mehrheit der sehr breit ausgewählten Experten den Bericht des Stadtrats bestätigt hat. Das mir das nicht gefällt, ist eine andere Geschichte. Ich stimme allem zu hundert Prozent zu, was Dominik Waser (Grüne) vorgetragen hat. Die Frage ist nun, welche Ziele wir setzen sollen. Wenn ich der oberste Chef dieser Mitarbeiterinnen wäre, würde ich mich vor der Stimmung wahren, dass die Verwaltung nicht ambitioniert sei. Wenn ich mich richtig erinnere, waren es vor allem vier Frauen, die den Bericht und die Zubau-Strategie in der Kommission sehr engagiert vertreten haben. Ich hatte überhaupt nicht den Eindruck, dass sie moralisch aufgerüstet werden müssten, damit es vorwärtsgeht. Es gab eine technische Diskussion darüber, wie weitere zu erwartende gesetzgeberische Massnahmen von Kanton und Bund in die Zielbestimmung einfließen sollten. Man kann verschiedener Meinung sein. Man kann verlangen, dass das Ziel dies bereits beinhalten sollte und falls es schliesslich nicht kommen würde, wäre es vielleicht ein nicht erreichbares, ambitioniertes Ziel. Ich finde es viel wichtiger, dass wir uns über die Massnahmen unterhalten, die zu diesem Ziel führen werden. Das war auch die Idee innerhalb der Kommission. Einiges wurde heute erwähnt, aber vom bahnbrechenden Gamechanger, der Zürich zur Solarstadt macht, hörte ich weder in der Kommission, noch in der Diskussion von den Expertinnen oder Experten. Daher bin ich gespannt auf die Vorstösse und werde bereit sein, den einen oder anderen mit zu unterzeichnen.*

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Andreas Kirstein (AL) formulierte es treffend: Die Expertinnen oder Experten haben sehr transparent und vielfältig referiert, was alles getan werden kann. Sie zeigten jedoch keine fundamentalen Widersprüche zu dem vom Stadtrat Berichteten auf. Wir können also auch unter Einbezug der Meinung der Expertinnen und*

Experten hinter diesem Bericht stehen. Ich halte einen Teil der Diskussion für theoretisch, wenn versucht wird, mit der Brechstange Dinge durchzudrücken. Diese Energie könnte man konstruktiver mit sinnvollen Vorstössen einsetzen. Ob sie schliesslich sinnvoll sind, können wir miteinander anschauen. In Zürich scheint die Sonne nicht sehr oft und die Solarzellen produzieren entsprechend nicht sehr viel Strom. So wäre es in der aktuellen Situation sinnvoller, entsprechende Anteile des ewz zu kaufen. Im Bündnerland scheint die Sonne momentan viel. Das würde mehr bringen, als wenn man in Zürich massiv in PV-Anlagen investiert, auch wenn wir grundsätzlich dahinterstehen und es für sinnvoll halten. Es braucht aber ein Augenmass, das ich hier manchmal vermissee.

Johann Widmer (SVP): *Meine Wahrnehmung ist, dass die damit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ewz sehr engagiert sind und das Vorhaben mit grossem Druck vorantreiben. Während der Kommissionsarbeit hörten wir verschiedentlich, womit man es zu tun hat. Man kann nicht auf jeder Liegenschaft etwas erstellen. So einfach ist es nicht. Es gibt viele Hindernisse, die erst abgebaut werden müssen. Das behindert die Zuwachsrage. Die Hearings haben kaum grosse Abweichungen zur Studie aufgezeigt. Ich halte es beinahe für einen Affront gegenüber unseren sehr guten Mitarbeitenden, wenn man mehr oder weniger offen in der Kommission ein Misstrauen ausspricht. Ich will eine Lanze für die Mitarbeiter des ewz brechen, die das Möglichste in der gesetzlichen und heutigen Lage überhaupt tun, um solche Projekte umzusetzen. Es liegt in der DNA der grünen Träumer, dass sie glauben, mit Gigawattstunden pro Jahr in der Stadt Zürich die Welt retten zu können. Ich bin sehr dafür, dass die Welt gerettet wird. Man sollte sich aber vergegenwärtigen, dass wir 160 Millionen Gigawattstunden auf dieser Welt verbrauchen. Mehrheitlich sind es China, die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa. Aber mit Grössenordnungen habt ihr es nie wirklich gehabt. Vom Weltretten kann hier nicht die Rede sein. Ihr wollt zehn Prozent der 3000 Gigawattstunden mit Solarenergie abdecken. Das finde ich eine gute Sache. Ob das bis ins Jahr 2030 möglich ist, ist eine Milchmädchenrechnung. In den letzten zehn Jahren konnten wir 40 Gigawattstunden bauen. In der letzten Periode lag die Zuwachsrage bei 11,8 Gigawattstunden pro Jahr. Als Ingenieur kann man sagen, dass vielleicht 40 Gigawattstunden pro Jahr möglich sind. Wenn man mit dieser optimistischen Annahme rechnet, dann sind bis zum Jahr 2030 ungefähr 200 Gigawattstunden pro Jahr möglich. Ihr postuliert unmögliche Ziele, das zeigt keine Kompetenz. Wenn wir uns entsprechend den Rahmenbedingungen auf eine Zubau-Geschwindigkeit von 20 Gigawattstunden pro Jahr festlegen, dann müsstet ihr beispielsweise die Begrünung der Flachdächer absagen. Wenn das rückgängig gemacht wird, können auf den Flachdächern viel einfacher PV-Anlagen installiert werden. Da ihr aber begrünte Dächer wolltet, ist das nicht möglich. Das ist ein typisches Politikversagen von Links-Grün. Ich habe viele Beispiele, dass es mit Baubewilligungen für Solarenergie-Dächer für Private nicht einfach ist. Dann gibt es noch ein sehr interessantes Naturgesetz. Die Zubau-Geschwindigkeit nimmt mit der Zeit ab. Die Flächen, die sich besonders eignen, werden zuerst verbaut. Danach wird es schwieriger. Die Forderung ist also unrealistisch und kostet den Steuerzahler viel Geld, denn die Stadt wird garantiert sehr viele Anstrengungen unternehmen, um mit Steuergeldern unrentable Solaranlagen zu bauen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.*

Dominik Waser (Grüne): *Die Studie oder den Bericht an sich bezeichnen wir nicht als schlecht. Die Studie sagt aber nicht, ob wir das erste, zweite oder dritte Szenario wählen sollen. Es wurde das erste Szenario gewählt, das am wenigsten ambitioniert ist. Es gibt Hinweise, dass auch andere gewählt werden könnten. Verschiedene Rahmenbedingungen wie die Gesetzgebung verändern sich massiv, das gilt bereits für die Zeit zwischen der Studie und heute. Das wurde von meinen Vorrednern ausgeblendet. Auf kantonaler Ebene ist das beispielsweise das Meldeverfahren oder der Mantelerlass. Aus meiner Sicht ist es typisch, dass sehr viele Leute in der Klimapolitik nur für Ziele sind, die sicher erreicht werden können. Das reicht nicht. Wenn wir uns nur Ziele setzen sollen, die alle*

für realistisch halten, dann können wir die Ziele, die wir erreichen müssen, nicht erreichen. Die Klimakrise ist kein Spass, auch wenn die SVP sie immer wieder als Wahn darstellt. Das diskreditiert sie jedes Mal aufs Neue. Es ist ein ernstzunehmendes Thema und es geht nicht nur um Zürich, es geht um mehr. Was wir tun, hat einen Einfluss auf die Schweiz und die ganze Welt. Darum ist es relevant, welche Ziele wir uns setzen. Bei den Klimazielen sehen wir, dass wir bereits nach kurzer Zeit nicht mehr auf dem Pfad sind. Wir erreichen das Ziel nicht. Wenn wir das am wenigsten ambitionierte Szenario wählen, erreichen wir nichts und das entspricht nicht der Stadt. Auch bei anderen Vorstössen konnten wir zwischen mehreren Szenarien wählen. Bei den Klimazielen haben wir wenigstens das mittlere Szenario gewählt. Wir sehen hier den fehlenden politischen Willen. Wir hätten erwartet, dass man mindestens bereit ist, einen Schritt zu machen. Ich bin enttäuscht von der AL, dass sie gegen uns gesprochen hat. Wir haben konkrete Vorschläge gemacht und sie diskutiert. Aus diesen Diskussionen in der Kommission heraus hätten wir sagen können, dass es an verschiedenen Orten mehr herauszuholen gibt, weshalb wir unser Ziel anpassen können. Das wurde aber nicht getan.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Andreas Kirstein (AL) tönte an, dass auch der Kanton sich mit dieser Materie beschäftigt. Derzeit ist dort eine Parlamentarische Initiative in Beratung. Sie nehmen sich der Thematik sehr seriös an. Es ist jedoch eine hochkomplexe Materie, die sich nicht mit Schlagworten lösen lässt. Wenn ich in der Debatte die aggressive Philippika der Grünen höre, dann muss ich sagen, dass Sie sich vollkommen vergaloppieren. Wenn es Ihnen tatsächlich um das Klima und den Naturschutz geht, dann verabschieden Sie sich mit solchen Vorstössen und Voten von der Glaubwürdigkeit. Je mehr wir verwirklichen, desto geringer ist der Grenznutzen. Was die Grünen als Vision vor Augen haben, ist eine Grenznutzenkurve, die durch den Boden und eine Grenzkostenkurve, die durch die Decke geht. Fordern ist einfach, einlösen schwieriger.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Der politische Wille ist, hier sind wir uns alle einig, dass wir das PV-Potenzial in Zürich so gut wie möglich ausnützen. Das ist das Ziel des Stadtrats und das Ziel im Rat. Bei der Debatte hatte ich das Gefühl, dass es eher darum geht, wer richtig rechnet. Das Lied «Immer wieder geht die Sonne auf» von Udo Jürgens ging mir bei der Beratung der PV-Strategie immer wieder durch den Kopf. Etwa 300-mal ging die Sonne auf, als wir über die Berichte beraten haben. Sie hörten von unseren Fachleuten und von Externen. Nach allem, was ich heute hörte, fühle ich mich bestätigt, dass das, was wir Ihnen vorgelegt haben, den Fakten und dem politischen Willen entspricht. Trotz dem politischen Prozess, der aus meiner Sicht interessant war. Sie hatten bereits eine Fraktionserklärung gehalten, bevor Sie den Bericht gelesen und diskutiert haben. Von Ihnen kamen keine neuen Massnahmen, die wir beraten könnten. Ich bin gespannt auf die angekündeten Vorstösse. Sie hätten ein Jahr Zeit gehabt, diese Vorstösse im Rahmen dieser Beratung einzubringen, dann hätten wir sie vielleicht heute Abend diskutieren können. Vielleicht liegt es daran, dass es nicht so einfach ist, neue Massnahmen zu finden, die der Stadtrat und die Verwaltung nicht bereits umsetzen. Wenn Sie mich anpflaumen, ist mir das einigermassen gleich. Es ist aber etwas anderes, wenn es um meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departements und des ewz geht und um die der übrigen Verwaltung, insbesondere im Amt für Städtebau und die für die Baubewilligungen Verantwortlichen. Über sie zu sagen, dass sie nicht ambitioniert und am Klimawandel nicht interessiert seien, halte ich für eine Frechheit gegenüber diesen Mitarbeitern. Wir haben Ihnen mehr als hundert Fragen beantwortet, ohne dass dabei etwas Neues herausgeschaut hatte. Unser Ziel ist der PV-Ausbau in der Stadt. Nur haben wir vielleicht eine andere Grösse, weil wir uns an die Fakten halten. Wir müssen Ihnen am*

Ende die Fakten vorlegen. Das haben wir mit diesem Bericht getan. Wir haben Ihnen alles vorgelegt, das Sie in der Begründung der Motion gefordert haben; auch die Massnahmen, die wir in den verschiedenen Bereichen ergreifen sollen. Wir haben Ihnen die Anpassung an die gemeinwirtschaftliche Leistung vorgelegt, bei der die Herkunftsnachweise neu vergütet werden. In der Beratung brauchten Sie mehr als ein Jahr, bis wir das auszahlen konnten. Wir haben die Fördermittel erhöht und neue Produkte für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer eingeführt. Das Einzige, das wir Ihnen nicht vorgelegt haben, ist eine Anpassung der BZO für eine PV-Pflicht. Das muss aber auf kantonaler und nicht auf kommunaler Ebene geregelt werden. Sie haben herausgefunden, dass alle Vorwürfe, die Sie heute durch die Blume vorgelegt haben, nicht bestätigt wurden. Insofern bin ich sehr zufrieden. Der Bericht legt Ihnen vor, was Sie gefordert haben. Ich hoffe, Sie haben ihn in diesem Jahr gelesen. 300 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 sind möglich. Das steht so im Bericht. Sie müssen aber auch lesen, was es ist. Hauseigentümer machen rund die Hälfte aus – ohne PV-Pflicht für bestehende Gebäude. Sie installieren die Anlagen nur dort, wo sie das wollen; sie sind nicht verpflichtet. Es müssten jährlich doppelt so viele Dächer saniert werden. Das will man aus anderen politischen Gründen nicht fordern. Man müsste das Marktvolumen für PV-Anlagen verzehnfachen. Das ist vielleicht nicht realistisch. Wir haben Ihnen verschiedene Annahmen vorgelegt. Es müssten über 2500 Anlagen installiert werden, davon beinahe zwei Drittel ohne gleichzeitige Dachsanierung. Darauf haben wir keinen Einfluss. Auf die eigenen Gebäude haben wir Einfluss und dafür haben wir die PV-Strategie. Ich fragte mich, woher die Emotionalität kam. Wenn Sie persönlich werden, kann ich nur einen Schluss ziehen: Es werden Glaubenssätze durchkreuzt oder von der Realität aufgedeckt. Wenn man das Gefühl hat, dass wir die Energiestrategie der Schweiz mit PV-Anlagen in den Grossstädten umsetzen können, dann irrt man. Das reicht nicht. Wir müssen die Wasserkraft erhalten und ausbauen. Wir müssen PV-Anlagen in Berggebieten ausbauen und wir müssen uns überlegen, wie wir mit der EU ein Abkommen finden, damit wir unseren Strom künftig miteinander handeln können. Ein Problem lösen Sie mit den PV-Anlagen in der Grossstadt nicht. Der Sommerstrom ist kein Problem. Das Problem haben wir im Winter. Der Strom müsste gespeichert werden. Dann sind wir wieder bei der Wasserkraft. Ich wäre froh, wenn die Grünen auf ihre befreundeten Verbände einwirken würden, damit nicht bei jedem Projekt ein Rekurs eingereicht wird. Gegebenenfalls haben wir dann tatsächlich das Problem, dass wir die Energiewende deswegen nicht schaffen. Wir werden die machbaren Massnahmen ergreifen. Sie haben keine neuen Massnahmen eingebracht. Nur eine Thematik haben wir diskutiert: Ob die Rücklieferatarife erhöht werden sollen. Hier erläuterten wir, dass wir den Mantelerlass und die Vorgaben der Verordnung zum Mantelerlass abwarten müssen. Das werden wir hoffentlich in diesem Jahr erleben. Zürich ist auf dem Weg zur Solarstadt, soweit das möglich ist. Wenn Sie das schneller wollen, haben wir Ihnen im Bericht aufgezeigt, auf welchen Staatsebenen Sie tätig werden können. Ich hoffe, dass Sie uns unterstützen, wenn wir ausserhalb der Stadt erneuerbare Energiequellen ausbauen wollen. Wenn Sie den Bericht ablehnen, lehnen Sie die Realität ab. Dominik Waser (Grüne) sagte, dass die Stadt eine besondere Verantwortung habe. Unsere Stromversorgung ist zu hundert Prozent CO₂-frei. Wir produzieren mehr Strom, als wir brauchen. Wir helfen den anderen heute bereits, erneuerbare Energien im Sommer wie auch im Winter zu nutzen. Unterstützen Sie uns beim Ausbau der Energieproduktion schweizweit; Sie haben auch eine Verantwortung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht «Photovoltaik Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit: Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Maleica Landolt (GLP), i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP)
Minderheit: Referat: Benedikt Gerth (Die Mitte); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Sebastian Vogel (FDP)
Enthaltung: Andreas Kirstein (AL)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Dominik Waser (Grüne); Johann Widmer (SVP), Präsidium; Beat Oberholzer (GLP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Andreas Kirstein (AL), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Abwesend: Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

1. Vom Bericht «Photovoltaik-Zubau in der Stadt Zürich» vom 31. Januar 2023 wird ablehnend Kenntnis genommen.
2. Die Dringliche Motion, GR Nr. 2019/212, der SP-, Grünen-, GLP-Fraktionen und der Parlamentsgruppe EVP betreffend Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Januar 2024

2733. 2023/19

**Motion von Dominik Waser (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 18.01.2023:
Verordnung zur Umsetzung von Netto-Null bei ewz bis 2035**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominik Waser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1275/2023): *Das Ziel des Vorstosses ist, dass das Elektrizitätswerk (ewz) alle Geschäftstätigkeiten – abgesehen von der Wärmeversorgung – dem städtischen Klimaziel, also dem Netto-Null-Ziel, bis zum Jahr 2035, unterordnet. Wir sind der Meinung, dass das ewz nicht primär als Unternehmen im neoliberalen Sinn funktionieren sollte. Es hat ein Interesse an der Allgemeinheit. Es ist unsere Verantwortung, eine Politik zu betreiben, die gut für die Stadtbevölkerung ist. Das ewz soll das widerspiegeln, auch über die Stadt hinaus. In der Antwort auf die Motion ist immer von der Wirtschaftlichkeit die Rede, als wäre sie das oberste Gebot. Wenn wir uns ambitioniertere Ziele setzen oder etwas früher erreichen wollen, wird die Wirtschaftlichkeit oft als Totschlagargument gebracht. Wir sind der Meinung, dass das nicht immer der Fall sein kann und dass jeder Fall einzeln angeschaut werden muss. Darum sind wir immer noch der Meinung, dass das ewz abgesehen von der Wärmeversorgung alle Tätigkeiten dem Netto-Null-Ziel bis zum Jahr 2035 unterordnen sollte. Das soll ebenfalls für Aktivitäten ausserhalb der Stadt gelten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Ich frage mich manchmal, ob Dominik Waser (Grüne) Forderungen in den Raum stellt und sagt, dass alles schlimm sei, ohne sich mit der Materie wirklich zu befassen. Selbstverständlich gelten für das ewz die Vorgaben der Gemeindeordnung. Das gilt auch für die verschärfte Vorgabe, dass die Verwaltung die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 erreichen muss. Wo setzt das ewz noch fossile Energieträger ein? Bei der Wärmeversorgung. Bei der Stromgewinnung sind wir bereits CO₂-neutral. Ich sehe nicht, wo Sie die grosse Lücke sehen – selbst wenn Sie den Atomstrom nicht als CO₂-neutral betrachten, was eine längere Diskussion wäre. Der einzige Ort, bei dem das eine Rolle spielt, ist das Contracting. Das findet bei der Wärmeversorgung statt. Bei der Wärmeversorgung haben der Gemeinderat und das Volk die Zielgrösse 2040 festgelegt. Daher entspricht diese Motion nicht der Gemeindeordnung. Man kann für das Contracting, das das ewz den Privaten anbietet, die Zielsetzung anders fassen. Das ewz aber macht nicht die Wirtschaftlichkeitsrechnung: Es sind die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer, die diese Wirtschaftlichkeitsrechnung machen. Sie werden nicht zum sehr viel teureren Anbieter gehen. Wenn das ewz teurer wird, werden wir nicht erreichen, dass das von einem Anbieter angenommen wird, der die Dekarbonisierung vorantreibt. Das Contracting ist ein Nebenschauplatz, wenn man alle Geschäftsbereiche des ewz anschaut. Wenn es das ewz nicht macht, dann macht es ein anderer. Auch können wir diesen Bereich nicht subventionieren, dann würden uns sehr viele Stellen beim Bund sagen, dass das nicht geht. Wir sehen nicht, was genau Sie anders haben wollen. Das ewz hält sich an die Vorgaben. Es gibt den Bereich Contracting im Wärmebereich. Dort ist es logisch, dass wir konkurrenzfähig sein müssen – ausser Sie wollen, dass das ewz dies nicht mehr den Privaten anbietet. Wir nehmen den Vorstoss als Postulat entgegen, weil wir sowieso keine Diskrepanz zu den Klimazielen der Stadt wollen.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Als ich das gelesen haben, musste ich mir die Augen reiben. Es ist eine klare Wirtschaftssabotage der Grünen. Das ist der Grund, weshalb ich euch ab sofort nicht mehr als Marxisten bezeichne, denn nicht einmal ein Marxist würde ein solches Anliegen tolerieren. Auch Marxisten stellten mittlerweile fest, dass sie den Kapitalismus brauchen, um zu überleben, und dass die Wirtschaftlichkeit wichtig ist. Ich bezeichne euch ab jetzt als Schmarotzer des Kapitalismus, weil ihr keine Ahnung von nichts habt und noch nie etwas zum Wohlstand beigetragen habt. Es ist abenteuerlich, wie ihr Links-Grünen in das Geschäft des ewz hineinpfeuschen wollt. Das ewz baut in der ganzen Schweiz ökologisch optimierte Energieanlagen, das erwähnte Contracting. Jetzt wollen die Grünen dem ewz vorschreiben, wie diese Anlagen bis ins Jahr 2035 klimaneutral sein sollen. Diese Forderung würde das ewz ausserhalb der Stadt vom Geschäft ausschliessen, weil Mitbewerber bis zum Jahr 2050 Zeit haben, um ihre Anlagen klimaneutral umzurüsten. Da es sich beim Contracting um privatrechtliche Verträge handelt, wäre es eine fatale Einmischung ins Wirtschaften des ewz. Leider sind die Motionäre keine Fachleute, haben keine Ahnung und keinen Leistungsausweis im Geschäft mit dem Contracting. Ihr opfert die Grundlagen des Wohlstands eurem Klimawahn. Wenn es nach euch gehen würde, hätten wir längst eine «Ökodiktatur», woran die ganze Wirtschaft zerbrechen würde. In Deutschland könnt ihr die Folgen solcher Einmischungen und grüner Kneblungen sehen. Wer die DDR damals sah, sieht die Parallelen. Der grüne Klimawahn ist allerdings weitaus gefährlicher und gewaltbereiter. Er ist das genialste kommunistische Machtinstrument; Stalin und Mao hätten Freude daran. Mit der Umsetzung der Klimawahn-Massnahmen kann man euer Ziel der Überwindung des Kapitalismus schnell erreichen. Deutschland macht es vor, während einige hier diesen Boden ins Verderben vorbereiten. Knebelt die ewz mit euren Vorstössen und bald werdet ihr die Früchte von eurem Tun ernten: höhere Energiepreise, kein Geschäft ausserhalb der Stadt, Entlassungen und viele Steuergelder für die Unterstützung des ewz.*

Dr. Florian Blättler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Wir unterstützen das Anliegen grundsätzlich. Es ist wichtig, dass Zürich den Hebel nutzt, wo sie einen hat, um möglichst schnell das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Wir müssen unsere Wirtschaft nicht nur in der Stadt, sondern weltweit umbauen. Unser kleines Problem mit dem Vorstoss ist die Verordnung, die nichts bringt. Darum soll der Stadtrat mit unserer Textänderung eine «Weisung für eine verbindliche Strategie und deren Finanzierung» vorlegen.*

Beat Oberholzer (GLP): *Auch wir sind mit dem Grundgedanken der Motion einverstanden. Mit Netto Null soll nicht zugewartet werden und alle müssen am gleichen Strick ziehen. Wir haben jedoch auch Mühe mit der Motion. Einerseits haben wir das breit abgestützte Klimaziel bis zum Jahr 2040 für die Wärmeversorgung. Wenn man ausserhalb der Stadt schaut, wo das ewz tätig ist, gilt teilweise das Klimaziel für das Jahr 2050. Dort sind nicht die ewz-Wärmeverbände das Problem. Das Problem liegt dort, wo es keine solche Wärmeverbände gibt, wo immer noch Gas- und Ölheizungen im Einsatz sind. Das ewz baute bereits an vielen Orten gute Lösungen, mit denen CO₂ eingespart werden kann. Die entsprechenden Gemeinden und Siedlungsgebiete sind froh, dass sie einen solchen Schritt machen konnten. Wir halten es daher für kontraproduktiv, wenn strengere Vorschriften im Vergleich zur Konkurrenz im Rest der Schweiz eingeführt werden. Als Postulat unterstützen wir den Vorstoss, weil das ewz gute, klimaschonende Lösungen anbieten kann. Damit muss es unbedingt weitermachen, um attraktiv zu bleiben. Daher geht der Vorstoss in die richtige Richtung. Uns fehlt ein Lösungsvorschlag dafür, was das ewz mit den Verbänden tun soll, die im Jahr 2040 immer noch einen Teil fossil betreiben. Wir wissen, dass es nicht ohne die Negativemissionstechnologien (NET) geht. Sie sollen auch hier berücksichtigt werden, weshalb wir einen Textänderungsantrag gestellt haben. Falls der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wird, schlagen wir*

vor, dass der letzte Satz mit «sowie der Einsatz von Negativemissionstechnologien und wenn nötig Zertifikatskäufen» ergänzt wird.

Dominik Waser (Grüne) ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: Mit dem Ziel bis zum Jahr 2035 meinten wir natürlich das stadtinterne Ziel, das für die Wärmeversorgung das Jahr 2040 vorsieht. Beim Contracting haben wir noch kein Ziel und für uns ist klar, dass auch diese Projekte dem städtischen Ziel bis zum Jahr 2040 verpflichtet werden. Das ist ein ambitionierteres Ziel als der Bund; aber wir wissen, dass das Ziel des Bundes nicht ausreichend ist. Dem Argument, dass die Aufträge verloren gehen, glaube ich nicht. Ich glaube, dass man sich positionieren kann. Das ewz positioniert sich als sehr ökologisches Unternehmen und kann auch mit einer 100-Prozent-Lösung oder mit einem Nachrüsten bis zum Jahr 2040 einen Auftrag erhalten. Es ist ein fragliches Demokratieverständnis, wenn uns «hineinpfuschen» vorgeworfen wird. Wir sehen es als unsere Rolle, öffentliche Unternehmen zu kontrollieren und dafür zu sorgen, dass der Wille des Volkes umgesetzt wird.

Andreas Kirstein (AL): Strategien via Verordnung festzulegen, sind aus unserer Sicht kein guter Weg. Insofern ist die Textänderung der SP in unserem Sinn und heilt den Text im Rahmen eines Postulats. Inhaltlich ist es eine interessante Debatte. Inhaltlich kommen wir zum gleichen Schluss, wie vorher vor allem die SVP. Das ist ein Unglück, das uns manchmal widerfährt, aber nicht irritieren sollte, weil wir auf städtischer Ebene zu Sachvorlagen Stellung nehmen. Im Bereich der Energiedienstleistungen wäre es aus unserer Sicht nicht erstrebenswert, weitere Restriktionen einzuführen. Das ewz punktet auf dem Schweizer Markt, indem es wirtschaftlich tragbare und trotzdem den Klimaziele verpflichtende Lösungen vorschlägt. Hier gibt es ein Problem mit der Wirtschaftlichkeit, obwohl ich den grundsätzlichen Ausführungen von Dominik Waser (Grüne) zustimme und mich mehr Sozialismus nicht abschrecken würde. Aber auf städtischer Ebene gibt es entweder eine wirtschaftliche Betrachtung, wenn man in der Schweiz Angebote machen will, oder es gibt keine Angebote. STR Michael Baumer führte richtig aus: Entweder werden wir subventionieren, dann haben wir die Wettbewerbskommission am Hals, oder wir werden keine entsprechenden Ausschreibungen gewinnen. Dass wir auf die damalige Ausgliederungsdebatte reagiert hatten und dem ewz wo notwendig die gleich langen Spiesse im Markt verschaffen wollten, ist einer der Gründe, weshalb wir dem ewz die Rahmenkredite mit einer gewissen wirtschaftlichen Freiheit bewilligt haben. Insofern halte ich es für eine amüsante Fehlleistung der Motionäre, dass sie im Begründungstext von einer «öffentlich-rechtlichen Anstalt» schreiben. Das kann geschehen, ist aber im Zusammenhang, dass man genau hier neue rechtliche Bedingungen schaffen will, speziell. Ein Postulat unterstützt die bisherige Stossrichtung und verstärkt sie vielleicht ein wenig. Wir teilen sie, weshalb wir bereit sind, dem Postulat zuzustimmen. Zum Überraschungstextänderungsantrag kann ich inhaltlich nicht viel sagen, ausser dass es vielleicht politisch so wäre, dass du mich bei den NET dabeigehabt hättest, nicht aber die Fraktion. Bei den Zertifikatskäufen wäre auch ich nicht dabei.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Auch hier werden einerseits offene Türen eingerannt und andererseits bringt es dort nicht viel, wo die offenen Türen nicht vorhanden sind. Der Volkswille wird mit dem Netto-Null-Ziel bereits umgesetzt, weshalb ich keine grossen Lücken sehe. Es bringt hingegen nichts, wenn bei der einzigen Lücke, den Energiedienstleistungen, die Brechstange eingesetzt wird, sodass niemand mehr am Kauf interessiert ist. Dem Vorstoss stimmen wir nur als Postulat zu, wenn auch verhalten. Es ergibt keinen Sinn, wenn unrealistische Ziele mit der Begründung, dass sie nicht erreicht werden können, verschärft werden. Ich glaube, dass das Gegenteil der Fall ist. Die Leute denken dann mit der Zeit eher negativ über die berechtigten Anliegen.

Johann Widmer (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Weisung für eine verbindliche Strategie und deren Finanzierung ~~verbindliche Strategie in Form einer neuen Verordnung~~ vorzulegen, die aufzeigt, wie das EWZ ihre gesamten Geschäftstätigkeiten - auch ausserhalb des Stadtgebietes - bis 2035 auf Netto Null reduzieren wird. Dabei soll ein verbindlicher Plan zur Emissionsreduktion vorgelegt werden.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2024/14 (statt Motion GR Nr. 2023/19, Umwandlung) wird mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2734. 2023/41

Motion von Jürg Rauser (Grüne), Matthias Probst (Grüne) und 16 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2023:

Vorlage planungsrechtlicher Massnahmen zur Bezeichnung geeigneter Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen zur fossilfreien Spitzenlastdeckung der Wärmenetze, vorgängige Potenzialabklärung über die Dimension und Vortreiben bereits bestehender Projekte

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Matthias Probst (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1342/2023): Wir wollen den Stadtrat beauftragen, die planungsrechtlichen Massnahmen für geeignete Standorte für Wärmespeicher oder andere Energieanlagen vorzulegen, um die Spitzenlast der Wärmenetze fossilfrei abzudecken zu können. Wir gingen davon aus, dass der Stadtrat bereits viel weiter in seiner Bedürfnisanalyse zu den thermischen Netzen ist, als ich es in der Antwort las. Unser Grundbedürfnis ist es, die Spitzenlastabdeckung der thermischen Netze in der Stadt mit Saisonspeichern auszustatten, damit wir im Winter, in dem wir aktuell noch ein wenig fossil nachheizen, dies spätestens bis zum Jahr 2035 ersetzen können. Wir müssen also Wärme vom Sommer in den Winter überführen, denn wir haben keinen geeigneten erneuerbaren Energieträger, den wir im Winter im nötigen Ausmass anwerfen können. Nach heutigem Wissensstand kann ein solcher Speicher sinnvollerweise nur mit Wasser als thermischem Speicher betrieben werden. Alle anderen Technologien können wir gemäss dem jetzigen Stand aufgrund von Ineffizienz ausschliessen. In der Motion haben wir das offengelassen. Wenn ich aber von einem Saisonspeicher spreche, dann meine ich klar und deutlich einen Wasserspeicher. Die städtischen Mitarbeiter haben bereits ausgerechnet, wie viel wir brauchen: Wir brauchen ein «Klötzchen» in der Dimension von 180 Meter mal 180 Meter mal 180 Meter. Dieses Klötzchen soll jetzt räumlich verortet werden. Es ist mir klar, dass ein solches Klötzchen nicht mitten in der Stadt erstellt oder dafür ein Teil des Zürichsees abgetrennt werden kann. Andere Gemeinden im Ausland machen das teilweise, indem sie grosse Seen mit einer schwimmenden Isolationsplatte bauen. Das ist nicht der Weg für Zürich. Wahrscheinlich braucht es verschiedene Orte. Wir sind bei einer ganz anderen Dimension als beispielsweise bei der Speicheranlage am Standort Hagenholz, mit der einige Tage abgedeckt werden können. Die Dimensionen sind gewaltig: Es sind zirka acht Milliarden Liter Wasser, die im Sommer aufgeheizt werden können, damit wir im Winter die Wärme brauchen, um die Spitzenlast abdecken zu können. Das ist kompliziert und es gibt verschiedenste Hürden, die man überwinden muss. Darum haben wir diese Motion eingereicht. Wir sind der Ansicht, dass man nicht früh genug damit beginnen kann, damit die planungsrechtlichen Schritte eingeleitet werden, um so etwas Gigantisches im

Raum der Stadt zu verorten und auch darüber nachzudenken, ob es sinnvolle Synergienutzungen gibt. Ich erwarte vom Stadtrat, dass er sich auf die Suche nach Standorten macht. Er soll herausfinden, wo es Sinn macht, welche verschiedenen Standorte in Frage kommen und was der örtliche Bedarf ist. Die thermischen Netze sind im Raum verortet, inklusive der Energiezentralen, die sie betreiben. Es wäre der Königsweg, wenn die Speicher bei den Energiezentralen gebaut werden könnten. Interessant wäre auch, ob es Begleitnutzungen für das riesige «Schwimmbad» gibt. Gibt es genügend räumliche Verfügbarkeiten? Der Bedarf von grauer Energie, wenn sie vergraben werden, ist sehr gross. Vielleicht gibt es andere Lösungen. Es ist ein Mammutprojekt. Aus der Antwort war mir nicht ganz klar, ob wir und das Elektrizitätswerk (ewz) vom gleichen sprachen. Fairerweise muss ich sagen, dass die Motion ein wenig unklar formuliert war, weil sie mit so vielen Parteien diskutiert wurde. Darum habe ich es jetzt deutlich gesagt. Ich spreche von einem Klötzchen in der Grösse 180 x 180 x 180 Meter, das im Raum verortet werden muss. Das ist eine räumliche Frage, die jetzt gelöst werden muss und das wird mehr als ein paar Jahre in Anspruch nehmen. Ich freue mich, wenn das gelingt und ich bin hochofret, dass das technisch möglich ist. Jetzt bleibt noch die grosse Frage der Organisation. Das ist eine wichtige Schlüsselaufgabe, die ich gerne weiterhin begleiten werde und die wir zu lösen haben, wenn wir fossilfrei werden wollen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *In der Tat spricht diese Motion ein wichtiges Thema an. Ich bin froh um die Präzisierung: In der Antwort haben wir zu den Energiezentralen Stellung genommen, was dem Motionstext geschuldet ist. Für die Umsetzung der thermischen Netze und das Erreichen des Netto-Null-Ziels bis zum Jahr 2040 in diesem Bereich ist es nötig, dass wir die Spitzenlast dekarbonisieren. Eine mögliche Lösung führte Matthias Probst (Grüne) aus. Dass die Sicherung der Energieinfrastrukturen eine Herausforderung ist, haben wir bereits öfters diskutiert. Nicht immer, wenn wir etwas finden, kommt das bei allen gut an. «One size fits all» passt hier nicht. Wir müssen verschiedene Ansätze miteinander kombinieren. Ein Punkt ist die Verknüpfung von Wärmenetzen, damit sie sich für die Spitzenlastabdeckung aushelfen können. Wir legen über die Energieplanung fest, was der beste Energieträger ist. Es gibt Unterschiede, so kann es Seewasser oder etwas anderes sein. Dann werden die möglichen Standorte für die Energiezentralen in der kommunalen Energieplanung durchgeführt. Am Ende ist es immer auch eine Güterabwägung, wofür etwas genutzt wird. Der Stadtrat hat dafür eine Stadtratsdelegation, die die konkurrierenden Nutzungen abwägt und bei konkreten Projekten unter Umständen versucht, miteinander zu verbinden. Im regionalen Richtplan wird das bei Bedarf eingetragen, vor allem bei Mittelfristigkeiten. Der Prozess des Stadtrats für die Raumbedürfnisse ist nicht einfach, denn die konkurrierenden Bedürfnisse haben alle einen guten Grund. Es ist nicht immer einfach, eine Lösung zu finden. Wir achten dabei darauf, ob verschiedene Bedürfnisse miteinander verbunden werden können. Bei einem Wasser-«Klötzchen» ist das vielleicht nicht einfach. Es gibt vielleicht Lösungen dafür, wie wir verschiedene Infrastrukturbauten miteinander kombinieren können. Ob wir Planschbecken planen werden, weiss ich nicht; vielleicht ist das eine Variante. Das kann nur geschehen, wenn die Infrastrukturen tatsächlich gebaut werden. Wir können nicht fünfzehn Jahre im Voraus sagen, welche Infrastrukturen verknüpft werden können. Wenn die konkreten Planungen anstehen, dann müssen wir zusammen entscheiden, was an einem bestimmten Ort Vorrang hat. Wir sehen die Problematik und der Stadtrat arbeitet an der Planung dieser Themen. Insbesondere schauen wir das bei den einzelnen Wärmeverbunden an. Zuerst müssen die Standorte vorliegen. Wir glauben, dass der Prozess bei den konkreten Planungs- und Bauprojekten sein sollte, dass wir miteinander die Güterabwägung in konkreten Fällen machen. Das ist sinnvoller als ein Planwerk mit Klötzchen im Plan. Wir lehnen die Motion also ab, weil wir glauben,*

dass der Stadtrat gegenüber einem Planwerk den besseren Prozess hat. Das formulierte Ziel aber teilen wir und werden es gerne umsetzen. Ein Postulat würde uns helfen.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Zürich hat sich dafür entschieden, ein Fernwärmenetz zu bauen. Die Fernwärme wird aus Kehrlichtverbrennungsanlagen, Seewasser, Abwasser oder anderen Energiequellen – wo nötig, mithilfe von Wärmepumpen – gewonnen. Der Endausbau soll 25 Prozent des Wärmebedarfs der Stadt decken. Ein solches Fernwärmenetz ist ein Energieversorgungsnetz wie alle anderen Netze: Angebot und Nachfrage müssen geregelt sein. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Spitzenlast bereitgestellt werden muss und dass saisonale Schwankungen ausgeglichen werden müssen. Heute wird dafür teilweise Gas und Öl verwendet. Das ist natürlich des Teufels. Wir haben auch Holzheizungen und Warmwasserspeicher. Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) verfügt am Standort Hagenholz über einen solchen Wasserspeicher. Dieser hält immerhin für ein paar Tage. Es gibt auch ein Holzheizkraftwerk. Die Motion fordert, dass geeignete Standorte für mehr solche Speicher gesucht werden. Das Anliegen kommt unserer Meinung nach zum falschen Zeitpunkt: Es ist noch nicht klar, wie alle neuen Netze zusammengeschlossen werden. Das muss erst physisch erfolgen. Es ist also noch nicht klar, wie das System im Endausbau betrieben werden soll. Seriöse Ingenieure wissen, dass die Planung der Standorte solcher Speicher matchentscheidend für die Effizienz ist. Auch der ökologisch und ökonomisch optimierte Betrieb ist abhängig davon. Der optimierte Raumbedarf sowie die Bau- und Betriebskosten hängen sehr von der Art des Netzsystems und von anderen Betriebsparametern zusammen. Das ist keine räumliche Frage. Auch ist es keine Frage von anderen Regelungen. Es ist eine rein systemische Frage. Die Wahl der Speicherstandorte sollte deshalb nicht politisch beeinflusst werden. Bei den Standorten muss man eine Güterabwägung machen, sodass eine Betriebsoptimierung erreicht werden kann. Das sollte man den verantwortlichen Fachleuten überlassen. Dafür haben wir sie. Es sind sehr gute Leute, die wissen, was sie tun. Sie können systemisch denken. Politisches Einmischen ist auch hier nicht sinnvoll und kontraproduktiv. Aus diesen Gründen lehnt die SVP den Vorstoss als Motion und als Postulat ab.*

Andreas Kirstein (AL): *Für öffentliche Aufgaben braucht es öffentlichen Grund. Dieser muss gesichert werden. Soweit gebe ich den Motionären recht. Hätte ich der Motion oder der Antwort entnehmen können, dass Matthias Probst (Grüne) ein überdimensioniertes Schwimmbad bauen wollte, dann hätte ich sagen müssen, dass es vielleicht planungsrechtliche Instrumente gibt, die wir noch nicht ausgeschöpft haben. Wir wären ohne den Zusatz der Meinung gewesen, dass das nur als Postulat überwiesen werden kann, weil die Planungsinstrumente vorhanden sind. Die Koordination der verschiedenen Planungsinstrumente, wenn es um Energiezentralen geht, ist heute bereits eine Herausforderung, auch wenn es um dezentrale Energiespeicheranlagen geht. Ausserdem bin ich überrascht, dass bereits die Technologie festgelegt wurde, die zum Einsatz kommen soll. Ich hatte den Eindruck, dass es verschiedene Varianten gibt. Ich fand, dass für eine planungsrechtliche Festlegung vorgängig mehr Wissen vorhanden sein oder mehr Klarheit herrschen müsste über die Technologie, die dafür eingesetzt werden soll. Da an der Motion festgehalten wird und sie eine Mehrheit findet und um die grundsätzliche Stossrichtung zu unterstreichen, begeben wir uns in die Enthaltung.*

Barbara Wiesmann (SP): *Die SP unterstützt die Motion. Das Netto-Null-Ziel bis zum Jahr 2040 ist ambitioniert, aber erreichbar und wichtig. Wir müssen alles tun, um es zu erreichen. Eine der auf uns zukommenden Herausforderungen ist die Abdeckung der Spitzenlast ohne fossile Energien. Biogas steht nur in geringem Masse zur Verfügung und wird noch an anderen Orten gebraucht. Wenn es richtig knapp wird, wird auch die Vernetzung der thermischen Netze den Ausgleich nicht bewerkstelligen können. Darum*

braucht es weitere Lösungen. Wir werden nicht um Wärmespeicher herumkommen. Ich bin froh, gibt es bereits Projekte auf dem Josef-Areal und beim Bahnhof Stadelhofen. Es braucht aber mehr und sie brauchen Platz. Es ist eine grosse Herausforderung in Zürich Platz zu finden, weshalb wir das so früh wie möglich vorsehen müssen. Damit können wir Konflikte vermeiden und die besten Lösungen finden. Eine Möglichkeit wäre, die Speicherung in den Untergrund zu verlegen, aber bekannterweise gibt es dafür viele Ansprüche. Wir kennen die Bilder der Leitungen im Untergrund. Bereits das Pflanzen eines Baums ist kompliziert – wie sieht es dann bei einem Wärmespeicher aus? Aus all diesen Gründen müssen die Standortabklärungen jetzt starten. Wir unterstützen den Vorstoss als Motion, weil wir den planungsrechtlichen Handlungsbedarf sehen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): *Das die Produktion von Wärme und Energie nicht immer im Einklang mit der Nachfrage und dem Bedarf ist, ist bekannt. Das ist die Diskrepanz auf den Weg zum Netto-Null-Ziel und ein Grundsatzthema. Im Gegensatz zu vorherigen Eingaben ist das eine sinnvolle Sache, die wir brauchen und von der wir alle profitieren. Wenn schliesslich ein oder mehrere Standorte gefunden sind, wird es entscheidend sein, dass wir damit leben können, dass es nicht immer eine optimale Lösung gibt; dass es Interessenkonflikte und Nutzerkreise in der Stadt geben wird, die auf bestehende Objekte zugunsten eines grösseren Ganzen verzichten müssen. Ich appelliere an alle Kolleginnen und Kollegen, dass wir auch dann eine gewisse Flexibilität zeigen werden, um solche Lösungen umzusetzen. Grundsätzlich sind wir für die Zustimmung als Postulat. Bei einer Motion tun wir uns schwer. Wir überlegten uns wie die AL, ob es sinnvoll ist, eine technische Lösung vorzugeben. Im Gegensatz zu Andreas Kirstein (AL) kommen wir zum Schluss die Motion zu unterstützen, da die Expertinnen und Experten in der Antwort begründen können, weshalb sie diese oder eine andere Technologie nehmen.*

Matthias Probst (Grüne) *ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Wir haben in der Motion nicht festgehalten, welche Technologie es sein wird. Ich sagte, dass der Fall in Fachkreisen relativ klar ist. Es ist mir aber auch klar, dass man in einem politischen Prozess eine gewisse Ergebnisoffenheit signalisieren sollte. In Fachkreisen ist klar, dass Wasser der thermische Speicher ist, der jetzt zur Verfügung steht, halbwegs effizient ist und Sinn macht. Die Frage ist bloss, wie es räumlich verortet wird. Man könnte kreativ sein und sagen, dass alte Bunker oder der Innenhof einer Blockrandsiedlung genutzt werden. Eine Idee, die ich eher nicht befürworte, ist ein isolierter Klotz, der in den Zürichsee versenkt wird. Im Uetlihof gibt es sechs Untergeschosse, die bald nicht mehr genutzt werden. Sie hätten beinahe diese Dimension. Es ist eine grosse Aufgabe. Deshalb und weil es ein sehr langer Prozess mit vielen Vorabklärungen sein wird, sind wir froh, wenn das jetzt in die Hand genommen wird. Wir wollen es mit der nötigen politischen Priorität ausstatten, indem wir dem Stadtrat diese Aufgabe in Form einer Motion erteilen. Wir sind gespannt und ein wenig ergebnisoffen bezüglich der Resultate. Es waren die Ingenieure des ewz, die mir sagten, dass eigentlich nur Wasser in Frage kommt. Im Sinn eines Kompromisses haben wir das gelockert. Ich stelle von links bis rechts ein gewisses Verständnis fest, dass das irgendwann unumgänglich sein wird.*

Die Motion wird mit 91 gegen 13 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2735. 2023/91

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 01.03.2023:
UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-WM Zürich 2024, Bereitstellung eines
ausreichenden Angebots für den öffentlichen Verkehr**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1438/2023): Stellen Sie sich vor, Sie wohnen in einer kleinen Stadt und eines Tages verkünden die Behörden, dass die Strassen für den Motorisierten Individualverkehr (MIV) wegen eines Grossanlasses während fünf Tagen tagsüber gesperrt werden und dass auch der öffentliche Verkehr nur mit einem reduzierten Angebot zur Verfügung steht. Wie würden Sie als Einwohner*in dieser Stadt reagieren? Mit der kleinen Stadt ist das Quartier Witikon gemeint, wo 11 500 Menschen leben. Der Grossanlass sind die UCI-Rad- und Para-Cycling-Strassen-Weltmeisterschaften Zürich 2024 (Rad-Strassen-WM). Die erwähnten fünf Tage finden zwischen dem 25. und 29. September 2024 statt. Der Quartierverein und breite Kreise der Witiker Bevölkerung stehen der Rad-Strassen-WM grundsätzlich positiv gegenüber. Der sportliche Grossanlass wird in vielen Bereichen Impulse geben und er wird das Velofahren in Zürich und Witikon noch populärer machen. Der Quartierverein und die Bevölkerung haben in Stellungnahmen und Einsprachen darauf hingewiesen, dass das Verkehrskonzept des Grossanlasses aus Witiker Sicht ungenügend ist. Ich stelle heute mit Genugtuung fest, dass die Verantwortlichen diese Einwendungen gelesen und ernstgenommen haben. Das vorliegende Verkehrskonzept ist besser als die ursprüngliche Version. Aber es ist immer noch nicht genügend, vor allem in Bezug auf den Öffentlichen Verkehr (ÖV). Gemäss der vorliegenden Planung wird das Quartier während fünf Tagen tagsüber weitgehend von der Aussenwelt abgeschnitten. Der MIV wird praktisch lahmgelegt. Darum soll das Angebot im ÖV ausgebaut werden. Leider ist das Gegenteil der Fall. Am 25. September 2024 wird der Betrieb der Trolleybuslinie 31 und der Überlandbusse 701, 703 und 704 von morgens um 7 Uhr bis abends um 18 Uhr eingestellt. Es sind Ersatzbuslinien vorgesehen: einerseits vom Parkplatz Loorenkopf nach Vorderberg in Fluntern, andererseits von der Carl-Spitteler-Strasse via Zollikerberg nach Rehalp. Für 3000 Menschen im Gebiet der Eierbrecht- und Drusbergstrasse bedeutet das lange Fusswege bis zu den Bushaltestellen. Dann fährt man in einem überfüllten Standardbus auf der Trichtenhausenstrasse über die enge Brücke in Zollikon, das gibt Probleme. Dann fährt man zum Zollikerberg und schliesslich nach Rehalp, wo man auf das Tram oder die Forchbahn umsteigt. Die vorgesehene ÖV-Kapazität wird nicht ausreichen, die Witikerinnen und Witiker an ihren Arbeitsplatz oder beispielsweise zum Arzt zu bringen. Mit dem Postulat fordern wir, das ÖV-Ersatzangebot zu verbessern, vor allem in weitere Richtungen. Die VBZ erklärten uns, warum es schwierig sei, eine Buslinie von Witikon zum Bahnhof Stettbach einzurichten. Über eine solche Verbindung wären alle Witiker*innen froh, die in Zürich-Nord arbeiten. Ist es tatsächlich so schwierig, mit einem Bus diese Strecke zu befahren? Weshalb wird keine temporäre Buslinie von der Eierbrecht zur Burgwies eingerichtet? Das wäre einfach zu realisieren. Dass die Wasserstrasse steil ist, ist für die heutigen Busse kein Hindernis mehr. Die geplante Baustelleninstallation auf der Wasserstrasse für das Entwässerungsprojekt Wehrenbachhalde kann rücksichtsvoll terminiert werden. Das Projekt ist aktuell wegen einer Einsprache blockiert. Eine Buslinie Eierbrecht–Burgwies ist seit vielen Jahren ein Herzenswunsch des Quartiers. Ein entsprechendes Postulat wurde im Gemeinderat einstimmig überwiesen. Die VBZ sollen die Chance packen, einen solchen Busbetrieb im September 2024 fünf Tage lang zu testen. Ich füge zwei weitere Anliegen an. Der öffentliche Verkehr von und nach Witikon soll an diesen fünf Tagen lokal gratis zur Verfügung stehen. Das wäre ein starkes und positives Zeichen an die Witiker Bevölkerung und würde viel «Goodwill»

für den öffentlichen Verkehr schaffen. Weiter soll für vulnerable Gruppen wie beispielsweise mobilitätseingeschränkte Menschen ein On-Demand-Angebot gratis zur Verfügung stehen. Mit diesen Forderungen kann sich Witikon auf die Rad-Strassen-WM freuen.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. März 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Stellen Sie sich vor, Sie leben in einer Stadt, die ein perfektes Velorennen organisiert. Die Bevölkerung kann während fünf Tagen gratis erleben, was eine autofreie Stadt bedeutet, in der nur Velos das Stadtbild beherrschen. Wir verstehen daher nicht, wieso die SP und die Grünen etwas retten wollen. Die Sperrung ist doch genial. Dass Busse eingesetzt werden sollen, ist keine gute Lösung, da es sich vermutlich um Dieselfahrzeuge handeln wird. Dass alles gratis sein soll, ist auch keine sinnvolle Lösung. Wir schlagen euch die richtige Lösung vor: Mobilitätseingeschränkte Personen dürfen in dieser Zeit nur mit Velo-Rikschas befördert werden. Die Läden dürfen nur mit Cargo-Bikes beliefert und die Handwerker sollen auf Staatskosten in die Ferien geschickt werden. Diese Lösung hätten wir vermutlich unterstützt. Das Vorliegende müssen wir ablehnen, weil es zu wenig velofreundlich ist.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Witikon ist sich hinsichtlich der ÖV-Erschliessung einiges gewöhnt. Es gibt aber doch sehr viele, die über die vorgesehenen Massnahmen konsterniert sind. Das betrifft nicht nur Witikon. Wir wissen alle, dass in der Zwischenzeit einiges geschah; es wurden Lösungen für die ÖV-Anbindung gesucht und dem Quartierverein präsentiert. Auch mit den Rekurrenten wurden Lösungen ausgearbeitet, weil es viele Rekurse gab. Ein Teil des Postulats ist annähernd erfüllt. Man kann natürlich mehr wollen, aber in beide Richtungen. Witikon ist durch die Witikonerstrasse getrennt. Auf der einen Seite gibt es die Anbindung an Fluntern und auf der anderen Seite kommt man irgendwie zur Linie 11 während diesen fünf Tagen. Es ist ein extremer Zustand, während fünf Tagen abgeschnitten zu sein. Beim anderen Punkt, dem Gratisangebot, bin ich kritischer. Uns ist nicht ganz klar, was «lokal» in diesem Fall konkret bedeutet. Wenn es sich um Kurzstrecken handeln soll, dann kommen wir von Witikon aus nicht weit. Wenn es aber bedeutet, dass Mobilitätseingeschränkte gratis oder mit einem On-Demand-Angebot fahren sollen, halten wir das für prüfenswert. Jedoch sehe ich nicht genau, wie das mit den Gratistickets im Quartier gehen soll oder ob das überhaupt möglich ist. Im Grundsatz unterstützen wir das Postulat, weil das Velorennen eine massive Einschränkung für das Quartier ist.

Karin Weyermann (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt das Postulat. Witikon hat eine spezielle Topografie und ist von der WM stark betroffen. Einiges wurde bereits massiv verbessert. Zahlreiche Lösungen wurden gesucht und durchaus auch gefunden. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es möglich ist, das eine oder andere zu verbessern. Witikon ist am stärksten von der WM betroffen und während fünf Tagen praktisch abgeschnitten. Man muss zumindest darauf achten, die Verbindungen so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Sie sollten irgendwie ermöglicht werden, damit es für die Betroffenen erträglich ist. Zur Forderung des Gratisangebots sind wir ein wenig hin- und hergerissen und wir überlegten uns, ob das ein Grund für eine Ablehnung ist. Wir fanden Nein. Dass es Verbesserungen geben soll, ist uns wichtiger als die Frage, ob der öffentliche Verkehr während fünf Tagen gratis sein soll. Viele in Witikon haben bereits ein Abonnement. Sie werden in dieser Zeit normal weiterfahren. Wenn die wenigen, die in dieser Zeit ihr Auto nicht brauchen können und auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, gratis fahren können, wird die Stadt nicht verarmen. Auch uns ist nicht klar, was mit «lokal» gemeint ist. Daran soll es nicht scheitern, der Stadtrat wird eine sinnvolle Lösung finden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *In diesem Herbst kommt ein schönes Velofest nach Zürich. Das fand der Gemeinderat bisher immer gut. Das Fest hat sehr viele positive Aspekte, aber es hat auch negative Komponenten und Konsequenzen. Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Denn uns ist wichtig, dass wir auch während dieser Zeit, in der die Hauptachse nicht zur Verfügung steht, ein ÖV-Angebot in Witikon anbieten können. Im vergangenen Jahr wurde viel getan: Wir haben geprüft und angeschaut, was genau angeboten werden kann. Die Verkehrsbetriebe (VBZ) führten auf allen genannten Strecken Probefahrten durch. Vor Ort haben wir mit den Bussen in den richtigen Grössen geschaut, ob das funktioniert oder nicht. Das ergab, was jetzt als Ersatzmassnahme möglich ist. Insbesondere ist es die Strecke von Looren nach Fluntern und in Richtung Zollikerberg. Es gibt teilweise einen grossen Aufwand mit Lichtsignal-Regelungen, die eingerichtet werden müssen. Andere Verbindungen sind nicht möglich oder es müssten Masten auf der Witikonerstrasse umgesetzt werden. Sie sehen selbst, dass das bis zum Herbst nicht möglich ist. Der ÖV ist sehr viel besser als in der ersten Planung angebunden. Ich bin froh, dass wir für Witikon durchaus passable Lösungen finden konnten. Es wird Einschränkungen geben. Wenn wir die eine grosse Strasse nicht nutzen können, dann geht es nicht anders. Die anderen Strassen sind teilweise zu steil oder zu schmal. Wenn solche Strecken nur mit einem Midibus befahren werden können, nützt das nichts, weil er zu klein für die zu erwartenden Passagierzahlen ist. Wir gehen heute davon aus, dass wir den Verkehr bewältigen können. Selbstverständlich werden wir das beobachten. Mit dem ÖV dürfen wir länger normal fahren als der MIV. Wir werden in der Umsetzung darauf achten, dass die Streckenfreigabe möglichst rasch geschehen wird, damit wir wieder fahren können, wenn das Rennen vorbei ist. Das Gratisangebot können wir seitens der VBZ nicht anbieten, das liegt nicht in unserer Kompetenz. Es müssten Billette auf Stadtrechnung abgegeben werden. Wie genau das geschehen soll, ist unklar. On-Demand-Lösungen für Mobilitätseingeschränkte gibt es bereits mit den Behinderten-Transporten Zürich (BTZ), die auch dann zur Verfügung stehen werden. Andere Flotten oder die getestete App stehen nicht mehr zur Verfügung. Wir sind bereits im Jahr 2024. Es wird schwierig, jetzt noch etwas einzuplanen, das wir noch nicht geplant haben. Das Postulat wurde ein wenig von der Zeit überrollt. Wir werden aber weiterhin darauf achten, dass wir ein möglichst gutes ÖV-Angebot für Witikon in diesen fünf Tagen anbieten.*

Das Postulat wird mit 98 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2736. 2023/198

Postulat von Severin Meier (SP), Anna Graff (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 12.04.2023:

Angebot eines bedürfnisorientierten Nachtnetzes in der Stadt unter der Woche

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Meier (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1702/2023): *Im Postulat fordern Anna Graff (SP) und ich den Stadtrat auf zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie in Zürich in der Nacht auch unter der Woche dafür gesorgt werden kann, dass der öffentliche Verkehr zirkuliert. In der Stadt fährt der öffentliche Verkehr nur in den*

Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag. Es gibt zahlreiche andere Städte, die vergleichbar mit Zürich sind, die unter der Woche nachts den öffentlichen Verkehr betreiben; Beispiele sind Oslo, Düsseldorf, Ghent und Cork. Prima vista spricht nichts dagegen, dass in Zürich das entsprechende Bedürfnis besteht und das Angebot eingeführt wird. Anna Graff (SP) und ich wissen es nicht genau, weshalb wir den Vorstoss zur Prüfung überweisen wollen. Die Vorteile des Öffentlichen Verkehrs (ÖV) in der Nacht auch unter der Woche liegen auf der Hand. Es gibt viele Menschen in Zürich, die besonders spät oder früh arbeiten. Wenn eine Ausdehnung der Randzeiten geprüft werden könnte, wäre das hilfreich. Auch ist klar, dass es tendenziell gefährlicher ist, nachts mit dem Auto unterwegs zu sein als mit dem ÖV und schliesslich würde das unsere Stadt beleben. Wir leben nicht mehr in den 1970er-Jahren, trotz eines gewissen zwinglianischen Erbes. Wir bitten den Stadtrat, im Bericht auszuweisen, ob eine Ausdehnung der Randzeiten sinnvoll und machbar wäre; wie beispielsweise die Bedürfnisse der Schichtarbeitenden aussehen; aber auch die Bedürfnisse von Nachteulern sollen in Betracht gezogen werden. In einer Konklusion sollte dargelegt werden, wie die Kombination der Bedürfnisse zu einem allfälligen Ausbau des nächtlichen ÖV-Angebots führen kann.

Johann Widmer (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Mai 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Als ich das gelesen habe, dachte ich: Gebt es zu, ihr wollt unter der Woche ein paar Partys feiern und im Moment ist es zu kalt, um mit dem Velo nachhause zu fahren. Das ist der Hintergrund des Postulats. Ihr müsst euch nicht hinter der arbeitenden Bevölkerung verstecken, nur damit sie bei der Schichtarbeit nicht auf das verhasste Auto oder Taxi ausweichen. Statt diesen Leuten Parkplätze zur Verfügung zu stellen und aufzuhören, die Leute, die nachts auf das Auto angewiesen sind, zu büssen, wenn sie ihr Auto neben den blauen Parkplätzen abstellen, weil es zu wenige hat, wollt ihr grosszügigerweise ein ÖV-Angebot aufstellen. Solche Forderungen können nur von Leuten kommen, die noch nie in Schichtarbeit tätig waren. Diese Schichtarbeitsstellen sind nicht so gelegen, dass man sie mit dem ÖV erreicht. Und nach der Schicht wollt ihr ins Bett und nicht dreissig Minuten oder eine Stunde auf einen ÖV-Bus warten, in der Kälte. In dieser Zeit seid ihr mit dem Auto zuhause.

Weitere Wortmeldungen:

Benedikt Gerth (Die Mitte): Meinem Vorredner habe ich kein Gegenargument entnommen, denn im Postulat ist die Rede von bedürfnis- oder bedarfsorientiert. Aus unserer Sicht ist das Nachtnetz des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV) in der Stadt ein Erfolgsmodell. Am Wochenende ist es beinahe ein Opfer des eigenen Erfolgs. Die Züge und Busse sind voll und das Angebot wird regelmässig ausgebaut. Wir unterstützen das Postulat, wollen aber auf die Verhältnismässigkeit hinweisen. Es muss Sinn ergeben. Von mir aus kann das in einem Pilotbetrieb getestet werden. Entscheidend ist, dass das Wort bedürfnisorientiert grossgeschrieben und geprüft wird, ob tatsächlich eine Nachfrage besteht. Es soll nicht auf Vorrat in der Nacht von Montag auf Dienstag ein Fünf-Minuten-Takt eingeführt wird. Man soll sich überlegen, ob allenfalls ein Angebot in der Nacht von Donnerstag auf Freitag oder punktuell von Mittwoch auf Donnerstag Sinn ergibt.

Anna-Béatrice Schmalz (Grüne): Für uns ist ein attraktiver, zugänglicher ÖV, der auf verschiedene Zielgruppen ausgerichtet ist, sehr wichtig. Wir finden es sinnvoll, dass in einem ersten Schritt ein Bericht erstellt wird. Es soll geprüft werden, ob ein solches Nachtnetz sinnvoll ist, wie es ausgestaltet werden kann, welche Bedürfnisse vorhanden sind und wie die Bedürfnisse erfüllt werden können. Gerade für Menschen in Schichtarbeit wie im Spital, ist ein durchgehender Öffentlicher Verkehr sinnvoll. Ich kenne jemanden, die in die Nähe des Triemli Spitals ziehen musste, weil es für sie nicht möglich war, ihre dortigen Arbeitszeiten mit dem ÖV einzuhalten. Das Nachtnetz kann einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Netto-Null-Ziele leisten, darum stimmen wir dem Postulat zu.

Carla Reinhard (GLP): Die GLP-Fraktion war bei diesem Vorstoss hin- und hergerissen. Einerseits begrüßen wir die Idee eines durchgehenden ÖV-Angebots auch unter der Woche sehr. In einer lebendigen und grossen Stadt wie Zürich gehört das dazu und ist prüfenswert, gerade für Schichtarbeitende oder Menschen, die von der lebendigen Stadt profitieren wollen. Die aktuell laufenden Tests in Graubünden zeigen, dass das Angebot beispielsweise von Gastronomie-Mitarbeitenden genutzt wird, von denen wir in Zürich sehr viele haben. Wir waren hin- und hergerissen, weil wir Herausforderungen sehen, denn es gibt bereits jetzt das Problem des Fachkräftemangels. Bei einem Ausbau müssten noch mehr Leute gefunden werden, die in der unattraktiven Nachtschicht arbeiten. Wir unterstützen das Postulat und den Bericht. Es kann abgeklärt werden, wie gross das Bedürfnis ist und welche Herausforderungen es gibt.

Claudio Zihlmann (FDP): Ich weiss nicht, was daran schlecht ist, Party feiern zu wollen. Das ist etwas Positives. Vor allem wenn ich an den Donnerstagabend denke, ist etwas los in der Stadt. Im ZVV-Strategiebericht steht bereits einiges zum Nachtnetz. Auch vertiefte Abklärungen werden erwähnt. Darauf müsste zurückgegriffen werden. Ich glaube, dass auch die VBZ bereits Abklärungen getroffen haben. Man hätte also vielleicht eine Schriftliche Anfrage einreichen oder in der Kommission nachfragen können. Im Strategiebericht wird geschätzt, dass ein Nachtnetz unter der Woche nur etwa dreissig Prozent eines Nachtnetzes am Wochenende ergeben würde. Wir müssen die Kosten im Auge behalten und ich glaube nicht, dass wir in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ein übermässiges Nachtnetz sicherstellen müssen, wenn das niemand will. Wir sind trotzdem dabei, weil es wichtig ist, dass das angeschaut wird. Ich bin überzeugt, dass bei den weiteren Abklärungen etwas herauskommen wird, das bezüglich der Kosten tragbar sein wird.

Severin Meier (SP): Wir verstecken uns nicht: Natürlich ist das Feiern von Partys eines der Anliegen, das mit dem Postulat abgedeckt werden soll. Es ist auch für die Nachteulen und eine Belebung des Nachtlebens; wir verstecken uns in keiner Weise hinter den Schichtarbeitenden. Wenn man als Schichtarbeiterin lange gearbeitet hat, weiss ich nicht wie es ist, übermüdet mit dem Auto nachhause fahren zu müssen. Ich persönlich würde lieber den Bus nehmen. Wir sehen es wie Die Mitte bezüglich der Bedürfnisorientiertheit, weshalb wir das so festgehalten haben. Es soll kein Angebot für ein Bedürfnis geben, das es nicht gibt. Der Fachkräftemangel ist aktuell ein Problem, aber wir hoffen, dass dieser in einigen Jahren, wenn es allenfalls zu einer Umsetzung kommen wird, nicht mehr besteht. In der Kommission haben wir nachgefragt. Es hörte sich so an, als wären keine Analysen gemacht worden. Das Postulat ist eine Reaktion auf diese Antwort.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Es bestehen wenig Zweifel daran, dass die Nachfrage nach einem ÖV-Angebot auch in der Nacht besteht. Ob es Schichtarbeitende sind oder Leute, die in den Ausgang gehen – das spielt für uns keine Rolle, wir befördern beide. Wir stellen das nicht in Frage. Auf der anderen Seite gibt es Herausforderungen, sei es die Wirtschaftlichkeit oder die Tatsache, dass die Nachtschichten nicht die beliebtesten Schichten sind. Wir wollen einen ÖV anbieten, der den Bedürfnissen gerecht wird. Deshalb prüfen wir immer wieder, ob und wie wir uns an Nutzungsmuster anpassen können. Ich darf daran erinnern, dass das Nachtnetz in den letzten zwei Jahren massiv ausgebaut wurde und dass das eine Erfolgsgeschichte des ZVV ist. In diesem Sinn rennen Sie offene Türen ein. Das Departement hat bereits eine Studie in Auftrag gegeben. Wir arbeiten an der Abklärung und Prüfung der Herausforderungen, Kosten und Nutzen. Am Ende müssen wir das in der Regionalen Verkehrskonferenz Zürich (RVKZ) beim ZVV beantragen und dieser muss es genehmigen und finanzieren. Weder der Gemeinderat noch der Stadtrat können grossen Einfluss darauf nehmen. Selbstverständlich schauen wir das während der Studienphase zusammen mit dem ZVV an, der die Fragestellung spannend findet.

Das Postulat wird mit 97 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2737. 2023/124

**Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Reto Brüesch (SVP) vom 15.03.2023:
Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ), direkte Verbindung zwischen dem
Hauptgebäude und dem Grossgebäude FORUM UZH**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Jean-Marc Jung (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1535/2023): Die Stadt platzt aus allen Nähten, auch im Hochschulgebiet Zürich Zentrum (HGZZ). Die zentrale Lage und die vielen Akteure – der Kanton, die Stadt, die ETH Zürich (ETH), die Universität Zürich (UZH), das Universitätsspital Zürich (USZ) und die Anwohner – sind eine grosse Herausforderung für die Gebietsplanung. Bauliche, räumliche, gesundheitspolitische und akademische Interessen prallen aufeinander. Die zeitliche Abstimmung ist ebenfalls herausfordernd. Es braucht viele provisorische Gebäude während der Bauzeit, um das medizinische oder schulische Angebot weiterhin anbieten zu können. Heute wird fleissig gebaut, beispielsweise auf der Höhe der Plattenstrasse das neue USZ-Notfallzentrum. Bald folgen weitere grosse Bauetappen. Was heute und morgen gebaut wird, kann nachträglich kaum geändert werden. Es ist baulich schwierig, juristisch noch schwieriger und finanziell beinahe unmöglich. Für einige Bauetappen fehlen noch die definitiven Baubewilligungen, so auch beim geplanten Grossgebäude «FORUM UZH». Das neue zweite UZH-Hauptgebäude an der Ecke Gloriastrasse/Rämistrasse soll für 600 Millionen Franken zum Prunkbau der UZH werden – schön begrünt und mit Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen). Der Neubau für tausende Studenten und UZH-Angehörige soll bis zum Jahr 2029 fertiggestellt werden. Das neue Gebäude bildet mit dem alten Hauptgebäude ein grosszügiges universitäres Bildungszentrum mit internationaler Ausstrahlung. Das ist wichtig, um weiterhin schlaue Köpfe nach Zürich zu locken. Wir hoffen, dass die Richtigen kommen. Als institutionelle und ideelle Einheit gehören diese Nachbarn benutzerfreundlich verbunden. Der Lichthof des alten Hauptgebäudes ist tiefergelegt als der obere Haupteingang. Der Unterbau ist riesig: Es hat Mensen, Säle, Verbindungstunnel, Anlieferungen und Tiefgaragen – alles tief im Erdinnern. Beim Bau des neuen Gebäudes wird eine riesige Baugrube entstehen. Ein tiefes Loch, das eine Untertunnelung auf die andere Strassenseite in die Unterwelt des alten Universitätsgebäudes einfach erscheinen lässt. In der Nacht sind diese Tunnels geschlossen. Dass ein Tunnelbau an dieser Stelle schwierig sein soll wegen Rohrleitungen und möglichen Wasserschäden, kann in der Schweiz wohl niemanden abschrecken. Im gleichen Quartier einige Meter weiter unten wurde vom alten zum neuen Kunsthaus ein 82 Meter langer Tunnel im Tagebau erstellt. Dort wurde der Verkehr nicht behindert und es ging gut vorwärts. Im Rat sprachen wir kürzlich über den 400 Meter langen Fussgängertunnel vom Bahnhof Stadelhofen zum Kunsthaus. In diesem Zusammenhang wies der Stadtrat auf die stark zunehmende Frequenz im Hochschulquartier hin. Das sehen wir gleich. Auch wenn Rot-Grün den Verkehr auf der Gloriastrasse und der Rämistrasse möglichst eindämmen will, wird es weiterhin Trams, Werkverkehr, E-Bikes und Ambulanzen geben. Die neue Notfallaufnahme des USZ befindet sich in unmittelbarer Nähe. Auch wenn die Krankenwagen Vortritt haben, werden sie wegen des Verkehrs, den vielen Trams und Fussgängern bremsen und warten müssen, dies mehrmals am Tag und über Jahre hinweg. Trams werden immer wieder den Weg versperren. Eine Unter- oder auch eine Überführung wird für alle wesentliche Verbesserungen bringen, auch für die Kranken und Verletzten in den Krankenwagen in

Richtung Notfallaufnahme. Das Zusammenführen der beiden USZ-Gebäude mit zeitweise tausenden Studentinnen und Studenten kann auch via Passerelle geschehen. Sie werden das Stadtbild aus sicherheits- und pietätsgründen in Zukunft vermehrt zieren und günstiger als eine Untertunnelung sein. Auf beiden Seiten der Rämistrasse hat es gut besuchte Kindertagesstätten. Sie wollen sich mit ihrer Begleitung sicher von A nach B bewegen können. An der Rämistrasse werden sich in den kommenden Jahren zeitweise tausende Studierende, Angestellte, Besucher, Anwohner, Patienten, Dozierende bewegen. Bringen Sie die beiden Grossgebäude mit einer Verbindung zusammen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Es ist eine durchaus sympathische Idee. Die Verkehrsplanung im Hochschulquartier ist jedoch im Weissbuch geregelt, das gemeinsam von Kanton, UZH, ETH, USZ und Stadt erarbeitet wurde. Das Weissbuch ist für alle Parteien bindend. Der Fuss-, Velo-, Öffentliche und Individualverkehr werden als Bestandteil des Stadtraums angeschaut und sollen entsprechend behandelt werden. Die Fussverkehrsinfrastruktur soll attraktiv und effizient sein. Das bedeutet gradlinige Verbindungen ohne Trennwirkung oder Umwege. Explizit hält das Weissbuch fest, dass auf teure und raumintensive Parallellösungen zu verzichten sei. Damit der Fussverkehr die Strasse sicher überqueren und der Motorisierte Individualverkehr (MIV) trotzdem fliessen kann, sind in der Rämistrasse auf der Seite der Tramtrasse durchgehende Mittelinseln projektiert. Verkehrssimulationen zeigen, dass der erwartete Verkehr so abgewickelt werden kann. Aus diesen Gründen lehnt der Stadtrat das Postulat ab. Eine Unterführung widerspricht den Vorgaben des gemeinsam erarbeiteten Weissbuchs und ist gemäss Verkehrssimulationen nicht nötig.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): *Im Kantonsrat wurden diese Gebäude unzählige Male diskutiert. Die SVP hätte ihren Parteikollegen im Kantonsrat diesen Vorschlag machen sollen. Hier ist die falsche Ebene. Der Kantonsrat hat einen Beitrag an das Strassengestaltungsprojekt gesprochen. Nur etwas führte zu einer gewissen Aufregung: Von bürgerlicher Seite wurde gesagt, dass es nicht geht, dass es keine Zebrastreifen geben soll. Das wäre der einzige Grund, weshalb der Kanton sich überlegt hatte, den Beitrag an die Strassengestaltung zu streichen. STR Simone Brander reichte ein Postulat für Zebrastreifen an der Rämistrasse und Gloriastrasse ein. Der Kantonsrat will es und wir wollen es. Es wäre schön, wenn die Verwaltung den expliziten Wunsch der beiden Parlamente berücksichtigen und Zebrastreifen planen würde. STR Simone Brander muss ich in einem Punkt widersprechen. Den Tunnel halte ich für keine sympathische Idee. Menschen gehören an die Oberfläche, gerade Studierende, die so viel Zeit in geschlossenen Räumen verbringen. Es wäre gut, wenn sie für ein paar Minuten auf die sichere Strasse gehen. Bei Tempo 30 und mit Zebrastreifen können sie gemütlich vom einen zum anderen Gebäude schlendern und ihren Kopf auslüften, was ihre Studierfähigkeit unterstützt.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Auch wir lehnen das Postulat ab und verstehen nicht, weshalb diese unterirdische Verbindung zu diesem späten Zeitpunkt verlangt wird. Im Rahmen der BZO-Teilrevision für das HGZZ im Jahr 2019 wurde uns der sehr eng gefasste Gestaltungsspielraum vorgegeben. Der Gemeinderat hat sich aus diesem Grund für die Verbindlichkeit des Weissbuchs stark gemacht. Darin wurde unter anderem vereinbart, dass der Verkehr ein integrierter Teil des Stadtraums sein soll. Mit der Weisung haben wir sogar Kernelemente des Weissbuchs in die BZO-Teilrevision aufgenommen: ein gut ausgebautes, feinmaschiges Wegnetz und öffentliche Strassenräume mit einer grossen Aufenthalts- und Bewegungsqualität. Die SVP stimmte dem zu. Wenn alle Fussgän-*

ger in die Unterführung umgeleitet werden sollen, damit der öffentliche und private Verkehr reibungslos passieren können, dann steht das im Widerspruch zur BZO-Television. Wir verstehen nicht, weshalb alles wieder zurückbuchstabiert werden soll.

Claudio Zihlmann (FDP): Wer an der UZH studiert hat, kennt das Problem. Wenn man den Hörsaal wechseln und vom Hauptgebäude zum Beispiel in Richtung Careum gehen muss, dann wird während des ersten Semesters Wirtschaft der Verkehr für ein paar Minuten ausgesetzt. Eine direkte unterirdische Verbindung wäre eine gute Variante. Wir verstehen jedoch nicht, wieso das Anliegen nicht viel früher eingebracht wurde. Aufgrund der Leitungen müsste der Tunnel sehr tief angesetzt werden. Wir haben das Problem, dass der Verkehr wie Wasser ist und auch der Fussverkehr nimmt den Weg des geringsten Widerstands. Ich weiss nicht, ob man sieben Stockwerke nach unten und auf der anderen Seite wieder nach oben gehen will, wahrscheinlich geht man dann lieber über die Strasse. Es ist also zu befürchten, dass eine gewisse Anzahl von Leuten trotzdem die Strasse nutzen und dasselbe geschehen wird, wie bei der Velostation Europaplatz. Es wurde ein riesiger Aufwand betrieben, aber das Velo stellt man vermutlich trotzdem oberirdisch ab. Wir sehen das Anliegen, aber es hätte früher angebracht werden sollen.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Fakt ist, dass es zu spät ist. Auch Fakt ist, dass wir nicht die richtige Institution für dieses Thema sind. Die Grundidee ist nicht falsch. Auch wird nicht zwingend eine Unterführung verlangt, es könnte auch eine Überführung oder eine andere Lösung sein. Das Postulat ist offen und somit lösungsneutral formuliert. Wir haben bereits weniger sinnvolle und ausgereifte Postulate unterstützt. Die Antwort des Stadtrats wird wahrscheinlich klar sein, trotzdem unterstützen wir das Postulat.

Moritz Bögli (AL): Wir sind an einem Punkt, an dem es um übertriebene und unnötige Projekte geht. Als Student überquere ich die Rämistrasse sehr oft. Das funktioniert recht gut. Es sind vor allem die kurzen Stosszeiten während den Pausen zwischen den Vorlesungen. Ausserhalb dieser Zeiten ist die Strasse nicht stark befahren. Darum geht es schliesslich. Das Postulat ist da, um die Autos zu schützen. Mit dem flächigen Queren, das eingeführt wird, werden die Autos Vortritt haben. Ich sehe nicht ein, weshalb hunderte Millionen Franken ausgegeben werden sollen, um einen Tunnel für ein Problem zu bauen, das nicht existiert. Es funktioniert jetzt sehr gut und wird weiterhin funktionieren.

Reto Brüesch (SVP): Im HGZZ wachsen das Spital und die Schulen und es gibt immer mehr Leute und immer mehr Verkehr. Daher reichten wir den Vorstoss ein, um nach Möglichkeiten für Über- und Unterführungen zu suchen. Unterführungen sind schwierig, aber diese Möglichkeit soll geprüft werden. Bisher wurde es verpasst, an grossen Kreuzungen zu schauen, wo das Sinn ergibt. Das sieht man am Escher-Wyss-Platz und am Bucheggplatz. Irgendwo gibt es eine Lösung, wo man sich kreuzen kann. Parallele Lösungen brauchen wir nicht, aber Kreuzungen brauchen wir. Wenn man der Meinung ist, dass man das nicht braucht, dann hätte es den Negrellisteg und den Velotunnel nicht gegeben. Aber dort haben wir auch gesagt, dass wir kreuzen müssen. Man hätte beim FORUM UZH vielleicht bereits eine Überführung aus dem Haus ins Hauptgebäude planen sollen. Dann hätten die Studenten trocken ins nächste Gebäude gelangen können und die Türen hätten nicht geöffnet werden müssen, was Energie gespart hätte. Es gibt andere Städte mit schönen Passerellen, die beliebte Fotomotive sind. Es geht nicht darum, dass wir Personen von der Strasse entfernen wollten. Wir wollen Lösungen anbieten.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Ich kenne die Situation gut, weil ich oft an der UZH zu tun habe. In der Tat ist es ein Problem, wenn zum Vorlesungsschluss die Völkerwanderungen der Studierenden in beide Richtungen einsetzen. Das gleiche Problem haben wir bei der ETH. Dort gibt es manchmal Stau und sehr lange Schlangen, weil alles blockiert ist. Die Studierenden kommen einer nach dem anderen, oft im Gänsemarsch. Dann

muss man Ewigkeiten warten, bis eine Lücke entsteht. Es gibt Auto- und Velofahrer, die dann ungeduldig werden. Wenn das FORUM UZH steht, wird es einen grösseren Bedarf an Kreuzungen geben. Sonst sind wir immer der Meinung, dass möglichst entflechtet werden soll. Für die Velofahrer ist man immer bereit, zu entflechten, aber hier ist man nicht bereit. Die Idee, dass es hunderte Millionen Franken kosten soll, ist ein dramatisches Szenario, das so nicht stimmen kann. Dafür kann man Synergien mit der aktuellen Planung nutzen. Es mag ein Fehler gewesen sein, dass das Anliegen nicht früher gekommen ist. Deshalb soll es nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Am Bahnhof Stadelhofen glaubte man lange, dass die drei Gleise ausreichten. Jetzt ist man am Punkt angelangt, an dem man sieht, dass das nicht ausreicht. Man hat nicht in die Zukunft gedacht. Das vierte Gleis muss nun sehr tief im Berg gebaut werden, weil es eine Zusatzkonstruktion ist. Das wird unverschämt teuer. Man muss strategisch denken.

Das Postulat wird mit 22 gegen 90 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2738. 2023/145

Postulat von Rahel Habegger (SP), Brigitte Fürer (Grüne) und 20 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:

Einberufung einer Fokusgruppe «Stadtbienen» im Rahmen der Biodiversitätsstrategie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Rahel Habegger (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1578/2023): Äpfel, Nüsse, Sojabohnen, Spargeln, Broccoli, Sellerie, Kürbis, Gurken, Zitrusfrüchte, Kirschen, Erdbeeren, Raps, Kaffee – diese Liste von Lebensmitteln, die bestäubt werden, ist lang und nicht abschliessend. Durch die fleissigen Insekten und insbesondere Bienen – auch Fledermäuse, Vögel und Reptilien – und ihre Bestäubungsleistung wird sichergestellt, dass die Pflanzenwelt fortbesteht und ihre Vielfalt erhalten bleibt. Auch der Mensch ist auf die bestäubenden Insekten angewiesen. Von den 107 weltweit am häufigsten angebauten Kulturpflanzen werden 91 Arten von Insekten bestäubt. Schätzungen zufolge würde ein Totalverlust der Bestäubung zu Ernteeinbrüchen von bis zu 90 Prozent führen. Die Versorgung mit Proteinen, Eisen und Vitaminen wäre massiv gefährdet. Der jährliche Marktwert, der durch die Produktion von bestäubungsabhängigen Kulturpflanzen erzielt wird, beträgt über 500 Milliarden Franken. Mit unserem Vorstoss wollen wir, dass das Thema Bienen in der Stadt mehr aufs Tapet kommt. Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie soll es stärker gewichtet werden. Es soll eine Art Taskforce zusammen mit der Stadtgärtnerei, Stadtimkerinnen, Naturschutzorganisationen und Wildbienenexpertinnen geben. Im Stadtimker-Jargon spricht man oft von «Stadtbienen». Darum haben wir uns für diesen Begriff entschieden. Vielleicht kennt ihr den Film «More than Honey» des Schweizer Regisseurs Markus Imhof. Unter anderem ist es diesem Film zu verdanken, dass die Bestäubungsleistung und der Wert der Bienen bei vielen Menschen präsenter wurden. Imkerkurse explodierten in den letzten zehn Jahren in den Städten. Viele haben mit der Imkerei begonnen, so auch ich. Dieser Boom droht nun, den Bienen zum Verhängnis zu werden. Mit einer Honigbienenendichte von 8,3 Völkern pro Quadratkilometer war der Honigbienenbestand im Kanton bereits vor zehn Jahren hundert Mal höher als von der Natur vorgesehen. Aktuellere Zahlen konnte ich leider nicht finden. Wegen des Imkerbooms der letzten Jahre ist davon auszugehen, dass diese Zahl angestiegen und das Gleichgewicht zwischen Honig- und Wildbienen noch mehr aus dem Ruder gelaufen*

ist. Das kann zu einer gefährlichen Nahrungskonkurrenz zwischen Honig- und Wildbienen führen. Darum muss der Stadtrat diese Problematik jetzt angehen. Er soll beispielsweise prüfen, ob das Errichten von Bienenstöcken und Bienenkästen in gewissen Gebieten eingeschränkt werden soll oder ob es Mindestanforderungen an das Halten von Bienen geben muss. Weiter wäre es eine Möglichkeit, dass bestimmte Naturflächen aufgewertet werden, um Wildbienen mit Lebensraum und Nahrung zu unterstützen. Den Textänderungsantrag der AL lehnen wir ab, weil wir wollen, dass sich der Stadtrat um alle Stadtbienen kümmert, wobei die Wildbienen besonders schützenswert sind.

Walter Anken (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag: *Es geht um meine stachligen Freundinnen. Es soll eine Fokusgruppe mit verschiedenen Spezialisten gegründet werden. Die Rede ist von Stadtimkerverbänden, der Stadtgärtnerei und Naturschutzorganisationen. Die Fokusgruppe soll eine städtische Standortanalyse machen. In Tat und Wahrheit geht es natürlich nicht um eine Standortanalyse für die Stadtbienen, sondern darum, dass die Wildbienen geschützt und meine Honigbienen dadurch eingeschränkt werden sollen. Im Jahr 2019 wollte Olivia Romanelli (AL) auf den städtischen Liegenschaften nur noch Dunkle Bienen haben. Ich ärgerte mich bereits damals, weil sie meine Carnica eingeschränkt hat – ich bleibe bei meinen Carnica. Hier soll die Fokusgruppe heilbringend sein. Warum wird keine Fokusgruppe für die Marder, Füchse oder Hasen gefordert? Was Bienen brauchen, ist längst bekannt. Sie brauchen viele Grünflächen, blühende Wiesen, Hochstammbäume, saubere Luft, sauberes Wasser und möglichst wenig chemische Mittel. Das sind die zentralen Faktoren, mit denen unsere Bienen gesund bleiben. Unnötige Plaudergruppen sind nicht nötig. Was führt dazu, dass wir immer weniger Grünflächen haben? Es ist die massive Tätigkeit in der Stadt. Was führt zu dieser massiven Tätigkeit? Über Zürich kann man sagen: «Viele Probleme führen zur Masseneinwanderung». Es ist immer das Gleiche. Im Postulat steht, dass seit dem Jahr 2014 hundert Mal mehr Honigbienen gehalten werden «als von der Natur vorgesehen». Es interessiert mich, woher die Postulantinnen und Postulanten wissen, was die Natur vorsieht. Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen. Ich kann euch garantieren, dass die Natur sofort reagiert, wenn etwas nicht stimmt. Das Gleichgewicht zwischen Honig- und Wildbienen sei nicht mehr vorhanden. Darum soll in bestimmten städtischen Gebieten vorgeschrieben werden, wie viele Bienenstöcke man halten soll. Der Imker stellt selbst fest, dass er die Bienenhaltung in der Region aufgeben muss, wenn er keinen Ertrag mehr hat. Die Bienenhaltung ist nicht nur ein Hobby. Sie kostet viel Geld, das erlebe ich jeden Tag. Gleichzeitig hält das Postulat fest, dass wir in der Schweiz die grösste Artenvielfalt an Wildbienen haben – dann müssen wir nichts ändern. Abgesehen davon werden die Bienen im August gefüttert. Bienen werden auch im Frühling mit dem sogenannten Futterteig gefüttert. Dann konkurrenzieren sie die Wildbienen nicht. Im August beginnt man mit dem Füttern mit Zuckerwasser. Auch dann konkurrenzieren sie die Wildbienen nicht. Bienen sind schlau. Wenn ich ihnen einen Liter Zuckerwasser hineinstelle, dann fliegen sie nicht aus für die Nektarsuche. Das Postulat ist unnötig. Überlassen Sie das den Imkern und der Natur, sie regeln es. Es gibt sehr wohl eine Ausbildung für Imker, die zwei Jahre dauert. Meine Nichte macht den Kurs. Sie lernt die gesetzlichen Vorschriften, die Betreuung, alles über Krankheiten, wie der Honig gewonnen wird, wie die zahlreichen Gesundheitsvorschriften eingehalten werden. Die Bienenhaltung ist nicht einfach. Es gibt zahlreiche Krankheiten, die dramatisch ausgehen können. Wenn beispielsweise ein Stock Sauerbrut hat, müssen alle Völker im Bienenhaus getötet werden, um eine weitere Verbreitung zu verhindern.*

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte): *Die Masseneinwanderung von fremden Bienen ist erschreckend, ich Sorge mich um die Honigbienen von Walter Anken (SVP). Die Biene ist von besonderer Relevanz für unsere Art; Veränderungen in der Population können sich*

negativ auswirken. Im Sinn eines bewussten Umgangs mit dem Ökosystem hegen wir Sympathie für das Postulat – und wünschen uns eine Taskforce für den Stadtbiber.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Die AL stellt folgenden Textänderungsantrag: Die Fokusgruppe soll eine städtische Standortanalyse machen und Lösungsansätze samt konkreten Massnahmen zum Schutz der «Wildbienen» erarbeiten. Parteiinterne Bienenexpert*innen wurden konsultiert und es hat sich bestätigt, dass der Begriff «Stadtbiene» strenggenommen eine Wortneuschöpfung ist und dass Bienen in Wild- und Honigbienen unterteilt werden. Uns ist wichtig sicherzustellen, dass nicht Honigbienen weiter gefördert werden, die für die Wildbienen eine Gefahr der Verdrängung darstellen. Rahel Habegger (SP) erwähnte den innerstädtischen Zusammenhang mit der boomenden Imkerei. Den Postulant*innen ist es jedoch sehr bewusst, dass die Biodiversitätsstrategie der grosse Rahmen ist, in dem sich die Fokusgruppe einordnen soll. Es geht um eine Förderung der Wildbiene. Rahel Habegger (SP) bestätigte, dass der Begriff «Stadtbienen» im Fachjargon vor allem von der Imker*innengilde verwendet wird. In diesem Sinn sind wir bereit, das Postulat auch mit der Ablehnung des Textänderungsantrags zu unterstützen.

Beat Oberholzer (GLP): In einem Punkt muss ich Walter Anken (SVP) Recht geben. Die Formulierung «von der Natur vorgesehen» machte mich stutzig, sie hat beinahe etwas Religiöses. Ich betrachte es jedoch nur als redaktionellen Teil. Die wichtige Aufgabe der Insekten bei der Bestäubung kann man nicht genug betonen. Dass es zum Imker-Boom gekommen ist, ist nicht grundsätzlich schlecht. Wenn aber die Wildbienen zu stark verdrängt werden, muss man hinschauen. Eine Fokusgruppe kann die Situation der Wildbienen durchaus verbessern. Im Wissen, dass Grün Stadt Zürich bereits einiges macht, stimmen wir dem Anliegen zu. Kürzlich behandelten wir das Förderprogramm «Mehr als Grün», das beispielsweise Nistplätze für Wildbienen fördert. Auch der Kanton schläft nicht und nimmt das Thema ernst: Er schuf eine Bienenfachstelle und die «IG Wilde Biene» hat das Mandat hierzu erhalten. Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er die Fokusgruppe in die bestehenden Strukturen einfügen und so den Schutz der Wildbienen stärken kann.

Andreas Kirstein (AL): Ich oute mich als absoluter Nichtkenner von Bienen und ihren spezifischen und natürlichen Bedürfnissen, aber glücklicherweise konnte ich eine Bienenkönigin befragen. In der Diskussion ergab sich, dass das Postulat und die Stossrichtung absolut Sinn machen. Das Postulat ist relativ breit aufgestellt in Bezug darauf, wer zusammensitzen soll. Die Wildbienenspezialistinnen und der Imkerverband können zwar Fachwissen beisteuern, aber sie können keine Regeln aufstellen. Die Stadt könnte selbst aktiv werden. Es sollte nicht Grün Stadt Zürich sein, wo bereits sehr viel für die Wildbienen gemacht wird, sondern überraschenderweise das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) und Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ). Der grösste und wichtigste Akteur sind die Verkehrsbetriebe (VBZ). Auf ihren Dächern ist die grösste Berufsimkerei der Stadt mit hunderten Honigbienenenvölkern beherbergt. LSZ macht das in den Gemeinschaftszentren (GZ), wenn auch im kleineren Stil. Die Stadt hat es also in der Hand. Man weiss nie genau, wie viele es eigentlich sind. Vielleicht wäre das herauszufinden eine Aufgabe für die Fokusgruppe. Das fänden wir sehr gut und stimmen der Sache zu.

Brigitte Fürer (Grüne): Der Begriff «Stadtbiene» umfasst alles, aber für uns stehen natürlich die Wildbiene und die Biodiversität im Vordergrund. Es ist schön im Gemeinderat, dass es manchmal Themen gibt, von denen man noch nie etwas hörte. Bei der Dunklen Biene war das der Fall, bis zum Postulat, das ich im Jahr 2019 mit Olivia Romanelli (AL) zusammen einreichte. Es ist sinnvoll, dass wir alle ins Boot holen, die mit der Imkerei zu tun haben. Es geht uns aber ganz klar um die Wildbiene und dass wir bei der Konkurrenz um die Nahrung genau hinschauen. Die Diskussion hat gezeigt, dass der Vorstoss nötig ist.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Das Postulat regt die Einrichtung einer Fokusgruppe «Stadtbiene» an. Sie soll eine Standortanalyse machen und Massnahmen zum Schutz der Stadtbiene vorschlagen. In Zürich kommen über 215 der rund 600 Wildbienenarten der Schweiz vor. Das ist grundsätzlich ein sehr guter Wert. Grün Stadt Zürich (GSZ) fördert Wildbienen und auch andere Insekten auf städtischen und privaten Flächen. Private werden mit dem Förderprogramm «Mehr als Grün» fachlich und finanziell unterstützt. Die Förderung bleibt in Zukunft wichtig, wenn das verdichtete Bauen vorangetrieben wird. Die im Postulat verlangte Standortanalyse liegt bereits vor. Die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) verfasste zwei Studien zu diesem Thema. Beide Studien kommen zum gleichen Schluss: Die Honigbienen machen den Wildbienen das Leben schwer, weil sie ihnen als Generalistinnen die Nahrung streitig machen. Ein Ausbau des Nahrungsangebots durch mehr Grünflächen wird nicht reichen, um die Konkurrenzsituation zu entschärfen. Es wird eine Reduktion der Honigbienvölker im Siedlungsraum brauchen. Eine Gruppe wie die geforderte Fokusgruppe «Stadtbiene» gibt es bereits. Grün Stadt Zürich ist im Austausch mit der Bienenfachstelle des Kantons und mit weiteren Expert*innen wie Imker*innen und Bienenfachleuten und erstellt daraus ein Konzept zum Schutz der Wildbienen. Als wichtigste Eckpunkte sollen besonders wertvolle Bienenlebensräume definiert und Massnahmen zum Schutz dieser Lebensräume getroffen werden. Das können Mindestabstände für Honigbienenbestände im Umfeld der Wildbienenfördergebiete sein, sowie eine Limitierung der Anzahl Honigbienvölker pro Standort kombiniert mit einer Verbesserung der Lebensräume für die Wildbienen mit einem vielfältigen Blütenangebot. GSZ arbeitet bereits an diesem wichtigen Thema, aber wir nehmen das Postulat gerne als Steilpass entgegen.*

Das Postulat wird mit 81 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2739. 2023/147

Postulat von Dr. Frank Rühli (FDP), Michele Romagnolo (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 22.03.2023:

Verbesserung der Parkplatzsituation in Schwamendingen für Personen mit eingeschränkter Mobilität und Schaffung von Kurzzeitparkplätzen für die Allgemeinheit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1580/2023): *Es geht um die Parkplatzsituation in Schwamendingen. Die Planung der Velovorzugsroute hat für Schwamendingen schwere und unangenehme Konsequenzen. Schwamendingen hat den Verkehrsrichtplan am 28. November 2021 als einziger Kreis abgelehnt. Die Bevölkerung von Schwamendingen wächst wie Pilze aus dem Boden und ist somit besonders betroffen, wenn Parkplätze und kurzfristige Haltemöglichkeiten abgebaut werden. Das gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Das lokale Gewerbe, Besucher und Handwerker haben ein Problem, wenn sie kurzfristig keine Haltemöglichkeiten haben. Denken Sie an schwere Lastentransporte. Ich will euch sehen, wie ihr einen Tiefkühler oder Schrank mehrere hundert Meter nach Hause trägt. Spätestens dann würde ein Umdenken stattfinden. Zudem sollen behinderte Menschen nicht an gefährlichen und unübersichtlichen Orten ein- und aussteigen müssen. Das sehen wir je länger,*

je mehr. Die heutige Situation ist verantwortungslos. Bereits jetzt fehlen zahlreiche Behindertenparkplätze: In ganz Schwamendingen gibt es nur sechs Behindertenparkplätze. Mit dem Abbau der Parkplätze wird es noch schlimmer. Auf fünfzig Parkplätze ist ein Behindertenparkplatz vorgegeben. Der Stadtrat hat im Rekurs an das Statthalteramt vom 1. Juli 2021 geschrieben: «Es wurde zu keinem Zeitpunkt in Abrede gestellt, dass im Rahmen des Strassenbauprojekts in der Herzogenmühlestrasse ein punktueller Abbau von Parkplätzen vorgesehen ist.» Ich hoffe, dass sich der Stadtrat daran hält. Ob Velos oder motorisierte Fahrzeuge: Die Fahrbahn sollte für alle Verkehrsteilnehmer da sein.

Felix Moser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 5. April 2023 gestellten Textänderungsantrag: *Wir unterstützen den ersten Teil des Postulats, dass die Parkplatzsituation für Menschen mit eingeschränkter Mobilität verbessert werden soll. Hier gibt es Handlungsbedarf. Wir sind aber dagegen, dass generell mehr Kurzzeitparkplätze geschaffen werden sollen. Der Grund liegt auf der Hand. Wir Grünen finden es falsch, weitere Parkplätze zu schaffen. Es gibt bereits viele öffentliche Parkplätze in Schwamendingen und auch rund um den Schwamendingerplatz. Aus unserer Sicht sind diese Parkplätze ausreichend, auch wenn wegen der Velovorzugsroute ein paar Parkplätze abgebaut werden. Für uns ist klar, dass wir in der Verkehrspolitik auch in Schwamendingen umdenken müssen. Es braucht gute Velowege. Schwamendingen ist flach und somit ideal fürs Velofahren. Es braucht gute Fussgängerverbindungen, einen attraktiven öffentlichen Verkehr und nicht mehr Parkplätze. Diese würden nur zu mehr Autoverkehr führen, was den städtischen Verkehrszielen diametral widerspricht. Zweitens verändert sich die Bevölkerung in Schwamendingen aktuell sehr stark. Ich kenne immer mehr Menschen, die ohne Auto im Quartier leben. Viele Siedlungen werden umgebaut und neue Leute mit anderen Mobilitätsformen ziehen dorthin, die mehr mit Velo und zu Fuss unterwegs sind. Der Autoverkehr wird in Zukunft abnehmen. Das hält auch der Stadtrat in der Antwort auf die erwähnte Schriftliche Anfrage fest.*

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Parkplatzsituation in Schwamendingen für Personen mit eingeschränkter Mobilität verbessert werden kann und für die Allgemeinheit «Kurzzeitparkplätze» geschaffen werden können.

Weitere Wortmeldungen:

Judith Boppart (SP): *Wir haben einen Textänderungsantrag gestellt, der sehr ähnlich ist. Uns leuchtet nicht ein, dass die Parkplatzsituation für Menschen mit eingeschränkter Mobilität nur in Schwamendingen problematisch sein soll. Islam Alijaj (SP) kann leider sehr viele Beispiele in der ganzen Stadt aufzählen. Wir finden, dass das Problem nicht nur in Schwamendingen, sondern in der ganzen Stadt angeschaut werden soll. Wir sehen hingegen nicht, dass es an Kurzzeitparkplätzen fehlt. Beim Schwamendingerplatz hat es beispielsweise eine Parkplatzschleife. Ich gehe dort oft vorbei und es wäre mir aufgefallen, wenn regelmässig eine Autokolonne entstehen würde. Anders als in der Postulatsbegründung beschrieben, ist es kein Problem, dort ein- und auszustiegen. Wenn man durch Schwamendingen fährt, sieht man kein Gewerbe, bei dem man nicht direkt oder in der Nähe parkieren könnte. Hingegen sieht man auf der Strasse parkierte Autos: Die Autobesitzer*innen wollten ihr Auto nicht fünfzig Meter weiter auf einen zahlungspflichtigen Parkplatz stellen. Externe, die jemanden in Schwamendingen besuchen, bleiben hoffentlich länger bei ihrem Besuch, sodass ein Kurzzeitparkplatz nicht ausreicht. Wir sehen daher den Bedarf an Kurzzeitparkplätzen nicht und streichen diesen Teil. Mit unserer Textänderung lautet der Postulatstext: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Parkplatzsituation für Personen mit eingeschränkter Mobilität verbessert werden kann.» Leider wird die Textänderung wahrscheinlich nicht angenommen. Um eine Überbrückungslösung – bis sich die neue Situation mit der Aufhebung der Parkplätze der Blauen Zone wieder eingespielt hat – geht es im Postulat nicht, weshalb wir es ablehnen.*

Snezana Blickenstorfer (GLP): Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind Teil unserer Gesellschaft und müssen an unserer Gesellschaft teilnehmen können. Das ist unbestritten. Dazu gehört auch, dass man das Auto parkieren kann, wenn man aufgrund der Einschränkung auf ein Auto angewiesen ist. Nehmen wir das von den Postulanten genannte Beispiel am Schwamendingerplatz: An der Herzogenmühlestrasse hat es Parkplätze, in Richtung Oerlikon auf der linken Seite hat es Parkplätze; es hat in allen Himmelsrichtungen sehr viele Parkplätze. Ich habe es noch nie erlebt, dass ich keinen Parkplatz gefunden hätte, auch samstags. Es hat zwei Behindertenparkplätze. Wir hören, dass es bezüglich Behindertenparkplätze noch Optimierungsbedarf gibt. Deshalb unterstützen wir die beiden Textänderungsanträge. Wir bedauern, dass ihr den Textänderungen gegenüber nicht aufgeschlossen seid. Bei den Kurzzeitparkplätzen für die Allgemeinheit wird mit dem Bevölkerungswachstum in Schwamendingen argumentiert. Das geschieht vor allem in den Neubauten, bei denen es Tiefgaragen und Besucherparkplätze gibt; manchmal mehr als den Grundeigentümern lieb ist. Wir sehen keinen Bedarf und lehnen das Postulat ab; die Textänderungen würden wir annehmen.

Dr. Frank Rühli (FDP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden: Im Postulat geht es ganz konkret darum, einen nutzerfreundlichen Schwamendingerplatz für alle zu haben; für die Personen mit eingeschränkter Mobilität, aber auch die Personen, die kurzfristig unkompliziert jemanden ein- und aussteigen lassen wollen. Es geht nicht um Parkplätze, auf denen man das Auto während zwei Stunden stehen lassen kann, sondern um eine Art «Kiss & Ride»-Parkplätze. Ich fordere das, weil ich jeden Tag am Schwamendingerplatz vorbeigehe und sehe, dass beispielsweise auf der Saatlenstrasse bei der Post tägliche gefährliche Situationen entstehen, weil es keine Möglichkeit gibt, jemanden schnell aussteigen zu lassen. Es gibt Leute, die kurz halten, weil sie bei der Post etwas einwerfen müssen. Der Motor läuft, die Türe ist offen und der Bus kommt nicht vorbei. Es ist offensichtlich ein Bedürfnis und Wunsch der Bevölkerung, dass dort Kurzzeitparkplätze entstehen. Das Zweite ist die Situation für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Es geht nicht darum, dass sie gegenüber der Allgemeinheit ausgespielt werden und Parkplätze auf Kosten anderer erstellt werden. Es geht darum, offensichtliche Bedürfnisse, die sich am Schwamendingerplatz manifestieren, aufzunehmen und zu berücksichtigen. Darum ist die Textänderung nicht akzeptabel. Wir haben uns bewusst für eine Gesamtschau entschieden. Die Schlaufe bei der Herzogenmühlestrasse soll aufgehoben und Parkplätze sollen verschoben werden, sodass die Situation noch schlechter wird. Man kann versuchen, die Menschen zu erziehen und mit ideologischen Vorgaben in eine Richtung zu drängen. Die Realität ist eine andere und führt zu gefährlichen Situationen. Die Intention des Postulats ist kein Parkplatzkrieg, sondern eine lokale Verbesserung für alle.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir sind nicht dafür, dass die Benutzerinnen und Benutzer der verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander ausgespielt werden. Es soll ein sinnvolles, friedliches Miteinander aller Verkehrsträger möglich sein. Wir sehen nicht, warum die Kurzzeitparkplätze für Personen mit eingeschränkter Mobilität nicht bewilligt werden sollen. Dr. Frank Rühli (FDP) brachte es auf den Punkt. Wir unterstützen das Postulat.

Judith Boppart (SP): Wenn man das Auto in der Begegnungszone stehen lässt, um einen Brief einzuwerfen so hat es auf der Saatlenstrasse weitere Parkplätze. Diese wenigen Schritte wären gesundheitsfördernd für Autofahrer*innen. Wenn man das nicht tun will, hat man wohl noch andere Probleme.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Postuliert wird, dass in Schwamendingen das Bevölkerungswachstum dazu führe, dass es für Menschen mit eingeschränkter Mobilität kaum noch

Parkplätze gebe; dass es nur sechs Behindertenparkplätze im Kreis 12 gebe und dass Kurzzeitparkplätze für das Gewerbe fehlen würden. Gewünscht wird eine Gesamtschau der Parkplatzsituation. Es gab bereits zwei ähnlich lautende Schriftliche Anfragen in den Jahren 2021 und 2022. Die Antworten auf die beiden Anfragen sind nach wie vor gültig, gerne fasse ich sie zusammen. In Schwamendingen gibt es einen sehr geringen Parkplatzdruck. Ich habe gelernt, dass es 1600 Blaue-Zone-Parkplätze und nur 1300 Parkkarten gibt. Das ist ein interessantes Verhältnis. Dieser Stand ist vom Dezember 2022. Aufgrund der Ausgangslage bezüglich der Parkplätze und der guten ÖV-Erschliessung ist kein negativer Einfluss auf das Gewerbe und die Anwohnenden zu erwarten. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen dürfen mit der Parkkarte für Gehbehinderte auf allen blauen und weissen Parkplätzen kostenlos und zeitlich unbegrenzt parkieren. Wenn es keinen freien Parkplatz gibt, dürfen die mobilitätseingeschränkten Personen das Auto überall hinstellen, wo es nicht stört und kein ausdrückliches Parkverbot gibt. Für das Parkieren in Schwamendingen gibt es also vielfältige Möglichkeiten für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und nicht nur die sechs speziell markierten Parkplätze. Der Stadtrat ist gerne bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen. Der Stadtrat ist im Austausch mit der Behindertenkonferenz Kanton Zürich (BKZ) um dort, wo es nötig ist, spezielle Parkplätze für Menschen mit Behinderungen zu markieren. Wenn es aus dem Quartier konkrete Hinweise gibt, wo ein solcher Parkplatz fehlt, sind wir sehr froh. Das hilft uns mehr als eine allgemeine Gesamtschau. Es war die Rede von gefährlichen Situationen, die entschärft werden sollen. Auch hier sind wir froh um konkrete Hinweise, damit sie an diesem Ort angeschaut werden können. Ein generelles Postulat thematisiert dies nicht.

Das Postulat wird mit 42 gegen 71 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2740. 2023/166

Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Mélissa Dufournet (FDP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 29.03.2023:

**Vereinigung des Aegerten-Spielplatzes mit dem Park an der Erlachstrasse/
Weststrasse/Werdstrasse unter Aufhebung des trennenden Zwischenstücks
der Aegertenstrasse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Jehuda Spielman (FDP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1623/2023): Das Postulat betrifft einen zehn Meter langen Strassenabschnitt neben dem Aegerten-Spielplatz. Es handelt sich um einen sehr populären und hochfrequentierten Park im Quartier. Leider ist er eingekesselt: oben und unten von zwei Strassen, links und rechts von zwei städtischen Schulhäusern. Auf der gegenüberliegenden Strassenseite hat es eine weitere schöne Grünfläche, die für Kinder jedoch nicht zugänglich ist, weil dazwischen eine Strasse liegt. Die Stadt plant, die Zufahrt der Aegertenstrasse an einem Ende zu sperren. Das führt dazu, dass die Strasse nicht mehr als Durchfahrtsstrasse benutzt werden kann und an Wichtigkeit verliert. Die Idee ist, dass diese wenigen Meter Strasse aufgehoben werden und man den Kindern damit ermöglicht, eine grössere Fläche zu nutzen. Das würde es der Stadt ermöglichen, das Nutzungskonzept des Parks zu überarbeiten. Für manche Leute sind Strassen heilig und das Glück des Lebens; für andere sind sie des Teufels, das grösste Unglück des Lebens. Für mich sind sie ein Mittel zum Zweck. Wenn eine Strasse keinen Zweck mehr hat, kann man das Mittel überprüfen.*

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP sieht in diesem Vorstoss keinen grossen Sinn. Es wird aufgeführt, dass diese zwei Flächen heute getrennt sind und zusammengeführt werden sollen. Auf der anderen Seite soll dafür die Strasse getrennt werden. Das hätte Konsequenzen: Der Verkehr würde über die Werdstrasse und Weststrasse in die Erlachstrasse führen, also um den ganzen kleinen Park und die Tiger-Statue herum. Das führt zu mehr Verkehr in diesem kleinen Abschnitt. Das kann nicht im Sinn der Postulanten sein. Es geht um eine Fläche von sechzig Quadratmetern. Wir können die Kirche im Dorf lassen – oder die Synagoge im Kreis 3 oder die Moschee in Saudi-Arabien –, das ist kein grosses Ding. Es herrscht Tempo 30. De facto ist es bereits eine Begegnungszone. Es wird sehr langsam gefahren und ist übersichtlich. Aus verkehrssicherheitstechnischer Sicht ergibt das keinen Sinn. Darüber hinaus ist die gesamte Parzelle im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) eingetragen. Es geht um das Gesamtbild, das gemäss ISOS nicht verändert werden soll. Das Nutzungskonzept ist ein wenig bizarr. Es soll ein Spielbereich für Kleinkinder geschaffen werden. Dieser ist bereits vorhanden. Der Spielbereich für Kinder im Schulalter und Jugendliche besteht auch. Es soll ein umzäunter Bereich für Hunde entstehen. Kinder und Hunde auf der gleichen Parzelle? Die Hündeler sollen zur Sportanlage Sihlhölzli. Dafür muss keine Strasse unterbrochen werden. Für das im Nutzungskonzept aufgeführte Fussballfeld gibt es schlicht keinen Platz. Ein Sitzbereich besteht bereits. Das Postulat rennt keine offenen Türen ein: Es ist bereits umgesetzt.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP): Ich halte es für ein hervorragendes Quartier-Postulat. Es wurde bereits vor längerer Zeit eingereicht und immer, wenn ich mit dem Velo vorbeifahre, freue ich mich auf den neuen Spielman-Dufournet-Habegger-Park. Es wird wohl nicht zu grossem Mehrverkehr kommen, was die Postulanten gut begründet haben. Das Fussballfeld ist auf der Wiese einzuplanen, auf der bereits Fussball gespielt wird. Es wird nicht dem FIFA-Standard entsprechen, aber Platz zum Spielen wird es geben. Die Velovorzugsroute soll entlang dem Platz durchführen. Sie ist im Postulat zwar nicht explizit erwähnt, muss aber gemäss dem kommunalen Richtplan umgesetzt werden. Das wäre eine praktische Erschliessung des Velonetzes, die ich sehr begrüsse. Der umzäunte Spielbereich für Hunde machte uns stutzig. Trotz der Weitsichtigkeit des Postulats sehen wir den Platz dafür nicht. Darum wollen wir diesen Punkt mit einem Textänderungsantrag streichen.

Rahel Habegger (SP): Die SP-Fraktion sieht die Bedürfnisse im Kreis 3 und unterstützt dieses Postulat gerne. Das freut mich als Mutter von zwei kleinen Kindern und als Wiedikerin besonders. Wir hätten uns in den letzten zehn Monaten gerne vertiefter mit der Textänderung befasst, das war leider nicht möglich.

Jehuda Spielman (FDP): Ein Fussballfeld gibt es bereits, das ist nichts Neues. Aus verkehrssicherheitstechnischer Sicht mag das Postulat nichts bringen, aber aus kindersicherheitstechnischer Sicht bringt es viel. Derek Richter (SVP) hat von mehr Verkehr gesprochen. Es sind drei Mehrfamilienhäuser, die problemlos auf der anderen Seite durchfahren können. Der Spielplatz ist explizit nicht für Kleinkinder gedacht. Es ist ein Spielplatz für Kinder im Schulalter. Hunde gibt es dort bereits. Wenn diese zwei Flächen zusammengeschlossen werden, dann wird es eine Vermischung der zwei Nutzungen geben, weshalb es einen separaten Bereich braucht. Die Textänderung lehnen wir ab. Es ist ein Postulat und somit per Definition ein Prüfauftrag. Wenn es nicht genügend Platz hätte, gingen die Leute mit ihren Hunden nicht dorthin.

Markus Haselbach (Die Mitte): Insbesondere der kleinere Platz auf der Seite der Erlachstrasse ist heute isoliert, weil die Autos rundherum fahren. Wenn das kleine Stück

Strasse gesperrt wird, haben wir einen echten Mehrwert. Insbesondere mit kleinen Kindern wäre es viel entspannter, wenn man der gesamten Länge entlangspazieren kann, ohne Autos befürchten zu müssen. Für den wenigen Verkehr ist es tragbar: Man kann es gut umfahren und es gibt genügend Möglichkeiten, in die Manessestrasse zu fahren.

Snezana Blickenstorfer (GLP): *Ich versuche meistens, nicht auf die Provokationen der SVP zu reagieren. Sie sind ein Mittel zum Zweck und geben ihnen Aufmerksamkeit. Aber die Bemerkungen von Derek Richter (SVP) zu den Kirchen, Synagogen und dem Kreis 3, Moscheen und Saudi-Arabien sind daneben und nicht fair. Ich bin froh, gibt es nicht nur Kirchen in den Dörfern, Synagogen im Kreis 3 und Moscheen in Saudi-Arabien.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: *Der Stadtrat begrüsst das Anliegen in mehrfacher Hinsicht: bezüglich der freiräumlichen Aufwertung, der Erreichbarkeit der Freiräume und der verbesserten Aufenthaltsqualität. Das sind auch Ziele, die sich die Stadt gesetzt hat.*

Das Postulat wird mit 98 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2741. 2024/15

Postulat von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP) vom 17.01.2024: Stadtpolizei, statistische Erfassung der Einsätze mit Distanzmitteln

Von Luca Maggi (Grüne) und Anjushka Früh (SP) ist am 17. Januar 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er den Einsatz von den Distanzmitteln Gummigeschosse, Wasserwerfer und Reizgas statistisch erfassen kann. Dabei sollen bei jedem Einsatz mindestens folgende Daten erfasst werden: a) Einsatzdatum b) Grund für Polizeieinsatz sowie Einsatzmittelwahl c) Anzahl und Art der eingesetzten Munition (inkl. Grösse und Gewicht) resp. Anzahl und Art eingesetzte Werfersysteme d) Anzahl Personen im Streufeld des Einsatzes e) eingehaltene Distanz f) Anzahl verletzte Personen und Art der Verletzungen g) Angabe, wie allfällig verletzte Personen ermittelt wurden h) Fazit des Einsatzes durch Einsatzleitung/ Kommando. Die Daten sollen einmal jährlich öffentlich zugänglich gemacht werden.

Begründung:

Der Einsatz von Gummigeschossen sowie anderen Distanzmitteln durch die Polizei wird in der Schweiz statistisch nicht erfasst. Auch die Stadtpolizei Zürich führt keine entsprechenden Daten, obwohl die Stadtpolizei Distanzmittel jährlich mehrfach bei Polizeieinsätzen verwendet. Aufgrund dieses Umstandes können die Folgen eines Distanzmitteleinsatzes (insb. Gummischrot) nicht ausreichend evaluiert und auch die allgemeine Einsatzsystematik nicht analysiert werden. Auch über Anzahl und Art von Verletzungen, welche durch Distanzmittel verursacht werden, ist nur wenig bekannt. Stand heute sind seit 1980 über 30 Fälle von schweren Augenverletzungen durch Gummischrot dokumentiert resp. konnten durch eine Augenärztin aus Dokumenten rekonstruiert werden. Seit Jahrzehnten führt Gummischrot in der Schweiz also zu schweren Augenverletzungen (Quelle: <https://saez.swisshealthweb.ch/de/article/doi/saez.2023.21672>).

Es ist sowohl aus sicherheitspolitischer als auch medizinischer Sicht fragwürdig ein Einsatzmittel einzusetzen, dessen Folgen nur ungenügend dokumentiert und evaluiert sind. Stand heute ist deshalb stark anzuzweifeln, ob insbesondere Gummischroteinsätze überhaupt verhältnismässig abgewickelt werden können. Aus diesem Grund ist es angezeigt, diesbezügliche Daten systematisch und detailliert zu erfassen und öffentlich zugänglich zu machen.

Mitteilung an den Stadtrat

2742. 2024/16

**Postulat von Rahel Habegger (SP), Leah Heuri (SP) und Marco Denoth (SP)
vom 17.01.2024:
Geschlechtergerechte und diversitätsbewusste Gestaltung der Verkehrs-
signalisation**

Von Rahel Habegger (SP), Leah Heuri (SP) und Marco Denoth (SP) ist am 17. Januar 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Verkehrssignalisation in der Stadt Zürich geschlechtergerecht und diversitätsbewusst gestaltet werden kann.

Begründung:

Bereits im Januar 2020 hat Genf als erste Schweizer Stadt die Hälfte der Fussgängerschilder mit dem «Mann mit Hut» ausgetauscht und an ihre Stelle Verkehrsschilder mit unterschiedlichsten Menschen darauf montiert. So sind in Genf beispielsweise eine ältere Frau mit Stock, eine Schwangere oder ein lesbisches Paar auf den Hinweisschildern dargestellt. Auch unsere Nachbarländer Österreich und Deutschland sowie Neuseeland und Finnland haben ihre Verkehrssignalisation diversitätsbewusst umgestaltet.

Um die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum zu erhöhen, sollen künftig Verkehrsschilder gendergerecht gestaltet werden. In Zürich werden die Verkehrsschilder nach wie vor von Darstellungen von Männern dominiert. Dies ist bedauerlich, denn Bilder prägen unsere Vorstellung von der Welt. Aus diesem Grund soll die öffentliche Bildsprache auch geschlechtergerecht und diversitätsbewusst sein. Die ständig wiederkehrende Darstellung des «Mannes mit Hut» zementiert Geschlechterstereotypen und suggeriert indirekt, dass der öffentliche Raum vor allem den Männern gehört.

Mitteilung an den Stadtrat

2743. 2024/17

**Postulat von Sibylle Kauer (Grüne) und Deborah Wettstein (FDP) vom 17.01.2024:
Realisierung eines grösseren Brunnens mit Erfrischungsmöglichkeit auf der vorderen Kasernenwiese**

Von Sibylle Kauer (Grüne) und Deborah Wettstein (FDP) ist am 17. Januar 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Neugestaltung und Aufwertung der vorderen Kasernenwiese oder auch in einem separaten dazu passenden Projekt ein grösserer Brunnen mit Erfrischungsmöglichkeit an warmen Tagen für die Bevölkerung realisiert werden kann.

Begründung:

Die Hitzebelastung in der Stadt Zürich ist gerade mit der aktuellen Klimaänderung ein zentrales Thema in der Stadt und wird künftig noch an Gewichtung zunehmen. Neben mehr Grünraum und unversiegelten Flächen sind auch zusätzliche Wasserflächen eine wirkungsvolle Gegenmassnahme, die den Menschen auch insbesondere eine an Hitzetagen benötigte rasche Abkühlung bieten kann.

Die Kasernenwiese ist ein wichtiger Erholungsraum für im Quartier lebende oder arbeitende Personen und auch für Besucher:innen und in einem Quartier mit hoher Hitzebelastung wie hier, muss das Thema Abkühlung prioritär berücksichtigt werden. Die vordere Wiese wird in nächster Zeit umgestaltet und diese Gelegenheit sollte genutzt werden, um einen Brunnen mit Abkühlungsmöglichkeit für Kinder und Erwachsene zu

realisieren und diesen Platz dadurch vielfältiger zu gestalten und die Begegnungs- und Aufenthaltsqualität zu stärken.

Das Projekt «Kasernenbadi», eine Pop-up Badi als Zwischennutzung auf der Kasernenwiese, wurde im Rahmen der ZKB-Jubiläumsdividende für Zürich als eines der unterstützten Projekte ausgewählt, konnte jedoch aufgrund der Komplexität und der vielen involvierten Stellen nicht innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens realisiert werden. Ein grosser Brunnen mit Erfrischungsmöglichkeit auf der Kasernenwiese kann die Idee des Projekts wenigstens teilweise aufnehmen und realisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2744. 2024/18

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Pärparim Avdili (FDP) vom 17.01.2024:

Winterreden im Zentrum Karl der Grosse, Beurteilung der Teilnahme- und Ausschlusskriterien für die Veranstaltungsrunde, thematische Auswahl der Reden, Sicherstellung der Diversität der politischen Einstellungen und Gründe für die Schliessung des Zentrums über die Feiertage sowie Haltung zu den Veranstaltungsrichtlinien betreffend Verwendung des Gendersterns

Von Flurin Capaul (FDP) und Pärparim Avdili (FDP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Homepage ist das Zentrum Karl der Grosse ein Debattierhaus mit Bistro. In Zusammenarbeit «mit engagierten Bürger*innen, sowie Akteur*innen aus Politik und Zivilgesellschaft» organisiere man Veranstaltungen zu drängenden gesellschaftlichen Fragen. Dabei achtet man bei der Zusammensetzung der Podiumsgäste an Diskussionsrunden und anderen Veranstaltungsformaten, auf Diversität.

Dem Zentrum Karl der Grosse sei es wichtig, dass eine Gleichbehandlung, ungeachtet von ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Staatsangehörigkeit, sexueller Ausrichtung oder politischer Einstellung herrscht. Das Themenspektrum der Veranstaltungen ist so breit, wie die gesellschaftliche und politische Vielfalt.

In den aktuell angekündigten Runde an Winterreden (eine «begehrte Plattform der Zürcher Stadtbevölkerung») treten zehn Personen auf – die gemäss Homepage nach folgenden Kriterien ausgewählt wurden (Bewerbungen für ein Redefenster):

1. Amtierende Gemeinderatspräsidentin
2. Du lebst in Zürich und hast eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis C).
3. Du lebst in Zürich und hast eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B).
4. Du lebst als Sans-Papiers in Zürich.
5. Du bist zwischen 33 und 41 Jahren alt, hast ein steuerbares Jahreseinkommen (Grundtarif) von 35'000 bis 55'000 Franken und lebst in Zürich.
6. Du lebst in Zürich und bist trans, nicht-binär oder intergeschlechtlich.
7. Du bist ledig, hast mindestens ein Kind und lebst in Zürich.
8. Du wohnst in Zürich in einer Wohnung mit mehr als 4 Zimmern, und dies seit mehr als 5 Jahren.
9. Du bist älter als 65 Jahre, bist Schweizer*in, hast keine Kinder und lebst in Zürich.
10. Du bist nicht älter als 18 Jahre und lebst in Zürich.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ledige, kinderlose sowie verheiratete Schweizer Staatsbürger mit Kindern, deren steuerbares Jahreseinkommen mehr als 55'000 Franken beträgt (weniger als der städtische Medianlohn); die weder trans, nicht-binär noch intergeschlechtlich sind; die älter als 18 Jahre aber jünger als 65 Jahre alt sind; in einer Wohnung mit weniger wie 4 Zimmer wohnen und nicht dem Zürcher Gemeinderat vorstehen, werden durch die Kriterien nicht berücksichtigt. Wie viele Prozent der Stadtbevölkerung werden durch diese Kriterien ausgeschlossen?

2. Wie beurteilt der Stadtrat die Einhaltung des Gebots der Gleichbehandlung, wenn Teile der Bevölkerung grundsätzlich von der Teilnahme ausgeschlossen sind?
3. Wieso wird die Auswahl auf demographische Kriterien abgestützt? Widerspricht dies nicht dem eingangs erwähnten Anspruch des Zentrums Karl der Grosse, es sei ihm wichtig, dass eine Gleichbehandlung, ungeachtet von ethnischer und sozialer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Religion, Staatsangehörigkeit, sexueller Ausrichtung oder politischer Einstellung herrscht?
4. Wie wird die Einhaltung dieser Kriterien geprüft? (Steuererklärung, Selbstdeklaration, Aufenthaltsbewilligung,...)
5. Wie findet die thematische Auswahl der Reden statt?
6. Welche gesellschaftspolitischen Fragen empfindet der Stadtrat als drängend? Und welchen diesen drängenden gesellschaftspolitischen Fragen lassen sich die 10 Reden jeweils zuordnen?
7. Sind alle Redner und Rednerinnen in der Stadt Zürich angemeldet (leben in Zürich)?
8. Wie wird die Diversität der politischen Einstellungen sichergestellt? Und wie wird dies geprüft? Falls es geprüft wird, wie wird dies verfassungskonform umgesetzt?
9. Wieso ist das Bistro, in der für das Gastgewerbe und Kulturhäuser wichtigen Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr, geschlossen?
10. In den Kommunikationsrichtlinien für Veranstaltungen (<https://cms.karldergrosse.ch/content/uploads/2023/09/2022-Anleitung-Kommunikationsrichtlinien.pdf>) steht «Achte auf die sprachliche Gleichberechtigung aller Geschlechter, indem du den Genderstern verwendest.». Wie lässt sich den Zwang zum Genderstern mit dem Gebot der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung vereinbaren? Werden Veranstaltungen, die NICHT den Genderstern verwenden zugelassen? Falls nicht, wieso nicht? Falls ja, wieso dann diese Richtlinie? Wie beurteilt der Stadtrat den Umstand, dass das Zentrum Karl der Grosse für Ihre Kunden und Kundinnen Sprachrichtlinien erlässt?

Mitteilung an den Stadtrat

2745. 2024/19

Schriftliche Anfrage von Nicolas Cavalli (GLP) und Snezana Blickenstorfer (GLP) vom 17.01.2024:

Entwicklungsstrategien für die innerstädtischen Gebiete, Überarbeitung der städteräumlichen Entwicklungsstrategie aus dem Jahr 2010, Teilstrategien für die Innenstadt, Veränderungen über die nächsten Dekaden, geplante Entwicklungsprojekte und Masterpläne sowie Sicherstellung einer zukunftsgerichteten und vorausschauenden städtebaulichen Veränderung

Von Nicolas Cavalli (GLP) und Snezana Blickenstorfer (GLP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt hat sich zum Ziel gesetzt, dass städtebaulich eine qualitative Entwicklung geschehen soll. Diese Aussage vertritt der Stadtrat jeweils, wenn er auf städtebauliche Fragen angesprochen wird. Sie ist im ureigensten Sinn der Gesellschaft. Zürich verändert sich stark und eine Strategie hinsichtlich Entwicklung ist wichtig. Die Art der Veränderung unterscheidet sich in den unterschiedlichen Stadtkreisen. In den Entwicklungsgebieten Nord und Süd sowie einzelnen Arealen sind Entwicklungsstrategien bekannt und nachvollziehbar. Zudem gibt es übergeordnete Zielsetzungen, wie beispielsweise den Fachplan Hitzeminderung. Für weite Teile im innerstädtischen Gebiet sind aber keine Entwicklungsstrategien bekannt. Die innere Stadt ist durch die bereits hohe Ausnutzung von verschiedenen Ansprüchen stark belastet, verändert sich jedoch nicht weniger und hat auch neuen Bedürfnissen gerecht zu werden. Deshalb ist eine langfristige stadtplanerische Strategie und aktive Planung eben gerade da enorm wichtig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist eine Überarbeitung der städteräumlichen Entwicklungsstrategie aus dem Jahre 2010 vorgesehen?
2. Gibt es eine Teilstrategie/ein Zukunftskonzept hinsichtlich der Entwicklung der inneren Stadt (Kreise 1, 2, 3, 4 & 5 sowie die Quartiere Seefeld und Mühlebach)?
3. Sind entsprechende städtebauliche Leitbilder vorgesehen?
4. Wie werden sich diese Gebiete laut Stadtrat in den nächsten Dekaden verändern, hinsichtlich Wohnraum, Gewerbe, Infrastruktur, Mobilität, Energieversorgung, Demographie und sozialem Zusammenleben?

5. Welche Entwicklungsprojekte / Masterpläne sind aktuell vorhanden und geplant? Welche laufen bereits? Welche Analysen gibt es? Welche davon sind öffentlich? Welche nicht und wieso nicht?
6. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass die städtebauliche Veränderung zukunftsgerichtet und vorausschauend ist und nicht reaktiv? Dies auch hinsichtlich der künftigen BZO Revision.

Mitteilung an den Stadtrat

2746. 2024/20

Schriftliche Anfrage von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 17.01.2024:

Umsetzung des indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Stadtgrün», Auflistung der Massnahmen und der Institutionen, die Beiträge erhalten, Angaben zur Projektorganisation und den eingesetzten Ressourcen sowie Massnahmen zur Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei der Umsetzung

Von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 3. September 2023 hat das Stimmvolk dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Stadtgrün» deutlich zugestimmt. Damit verbunden ist ein Rahmenkredit von 130 Millionen Franken für Massnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas. Der Rahmenkredit soll für hitzemindernde Massnahmen, Beratung und Förderung hitzemindernder Massnahmen bei Privaten, Hitzeminderung bei eigenwirtschaftlichen Betrieben und für Forschungsprojekte eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Für welche Massnahmen sollen die 130 Millionen Franken nun konkret eingesetzt werden? Wir erbitten eine strukturierte und umfassende Liste mit Angaben zu konkreten Projekten und den dafür vorgesehenen Beträgen.
2. Welche Institutionen, Vereine, Hochschulen, und andere Organisationen sollen für welche Projekte welche Beträge bekommen? Wir bitten um eine umfassende Aufstellung der Organisationen und Beträge.
3. Falls die Aufstellung in Frage 2 noch nicht erstellt werden kann, bitten wir um eine grobe geplante Zuordnung der 130 Millionen Franken aus dem Rahmenkredit auf die in der Einleitung erwähnten Kategorien (hitzemindernde Massnahmen, Beratung, Hitzeminderung bei eigenwirtschaftlichen Betrieben und Forschungsprojekte). Sind allenfalls noch andere Kategorien geplant?
4. Wer koordiniert die verschiedenen Projekte im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit? Wir bitten um die genaue Angabe der Dienststelle und den Namen des Dienststellenleiters.
5. Wie viele Vollzeitstellen und welche Dienst- oder Fachstellen sind in der Stadt Zürich mit der Organisation und Koordination der Projekte, die aus dem Rahmenkredit finanziert werden, beschäftigt?
6. Aus welchen Budgets werden die Vollzeitstellen aus Frage 5 bezahlt? Wir bitten um eine Liste aller Vollzeitstellen und der Angabe, aus welchem Budget diese Vollzeitstelle bezahlt wird.
7. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, damit sichergestellt werden kann, dass keine Öko-Vetternwirtschaft entstehen kann? Werden die Projekte öffentlich ausgeschrieben? Nach welchen Standards wird ausgeschrieben? (siehe dazu auch das Postulat GR 2022/270).

Mitteilung an den Stadtrat

2747. 2024/21

Schriftliche Anfrage von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 17.01.2024:

Einbürgerungspraxis, Daten seit 2019 zu den Gesuchen, den vollzogenen Einbürgerungen, den Nationalitäten und den abgelehnten Gesuchen sowie Angaben zu den Deutschtests

Von Martin Götzl (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) ist am 17. Januar 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich ist sehr bestrebt, Einbürgerungen vorzunehmen. Jedes Jahr wurden weit über 2000 Einbürgerungen vorgenommen. So wurden bspw. im Jahre 2017 auch 40'000 Briefe versendet, welche Ausländerinnen und Ausländer ermutigten, bis am 31. Dezember 2017 ein Einbürgerungsgesuch zu stellen, da dies ab 2018 schwieriger werden würde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Einbürgerungsgesuche wurden in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 gestellt?
2. Wie viele Einbürgerungen wurden in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 vollzogen?
3. Wir bitten um eine detaillierte Auflistung aller Einbürgerungen von den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023, aufgeteilt nach Nationalität und damaligem Aufenthaltsstatus.
4. Wie viele Gesuche mussten abgelehnt werden? Aus welchen Gründen wurden diese abgelehnt? Wir bitten um eine detaillierte Auflistung der Gründe.
5. In insgesamt wie vielen Fällen wurden von der/dem Antragssteller/-in ein Gesuch eingereicht, den schriftlichen Deutschkenntnistest nicht absolvieren zu müssen?
6. Bei wie vielen Fällen wurde das Gesuch, den schriftlichen Deutschtest nicht ausführen zu müssen, bewilligt? Aus welchen Gründen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2748. 2023/478

Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP) und Pascal Lamprecht (SP) vom 04.10.2023:

Arealentwicklung des «Josef-Areals», angestrebter Wohnanteil als Beitrag zum Drittelsziel, Realisierung von 600 gemeinnützigen Wohnungen mit den Planungsinstrumenten, Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Hochhausrichtlinien sowie Massnahmen gegen eine allfällige Gentrifizierung des Gebiets und für ein sichtbares Quartierleben

Marco Denoth (SP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

2749. 2023/467

Schriftliche Anfrage von Fanny de Weck (SP) und Hannah Locher (SP) vom 27.09.2023:

Ansätze für die Auslagen betreffend die auswärtige Verpflegung bei der Festlegung des betriebsrechtlichen Existenzminimums, Berechnung der Auslagen und angewandte Kriterien in den Betreibungskreisen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 89 vom 11. Januar 2024).

Nächste Sitzung: 24. Januar 2024, 17.00 Uhr